Berlin, 12. November 1931
Nr. 10. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.
A

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Legale und illegale Machtorganisation der Bourgeoisie im Klassenkampf

Überfall auf Schutzbund!

Nazi und Polizei in einer Front gegen die Arbeiter / Blut in Bremen

Zu den gestern bereits kurz von uns gemeldeten blutigen Vorfällen in Bremen erhalten wir noch folgenden Originalbericht:

Bremen, 11. November 1931

Am Montag abend hielt der Schutzbund Bremen seine Gründungsversammlung im Arbeitersamariterheim in der Bornstraße ab. Bei Schluß der Versammlung wurde uns bekannt, daß die Nationalsozialisten von einer Versammlung, die in einem ganz anderen Stadtteil Bremens war, auf Richtung Bornstraße zu marschierten. Von drei Seiten versuchten sie in die Straße einzudringen. Unterwegs hatten die Nationalsozialisten Plänkeleien mit dem Reichsbanner. Als die Genossen vom Schutzbund die Nationalsozialisten ankommen sahen, gingen sie in den Saal zurück, um es nicht zu Plänkeleien kommen zu lassen. Als dann die Reichsbannerleute von den Nazis angegriffen wurden, unterstützten unsere Genossen vom Schutzbund sofort das Reichsbanner. Die Nationalsozialisten waren mit etwa 200 Mann an der Schlägerei beteiligt, während auf der anderen Seite etwa 100 Schutzbündler und 20 Reichsbannerleute beteiligt waren. Bei dieser Schlägerei wurde ein Nationalsozialist getötet. Auf beiden Seiten sind zahlreiche Schwerverletzte zu verzeichnen.

Plötzlich griff eine Abteilung der Polizei ein, die mit unerhörter Rücksichtslosigkeit gegen Schutzbündler und Reichsbanner vorging. Die Nationalsozialisten standen auf der anderen Seite der Straße. Ihnen wurde nicht ein Haar gekrümmt. Die Schutzbündler wurden ins Arbeitersamariterheim zurückgedrängt und nach Waffen untersucht. Ungefähr 90 von ihnen wurden verhaftet. Die Nationalsozialisten zogen dann in Richtung Nordstraße ab.

Am Volkshaus kam es wieder zu einer Schlägerei. Auch hier wurde Polizei eingesetzt. Es ist beobachtet worden, daß die Polizei gemeinsam mit den Nationalsozialisten, die schwer bewaffnet waren, gegen die Arbeiter vorging. Die Nationalsozialisten waren in großer Ueberzahl. Mit dem mehrfachen Rufe:

„Schlagt die Hunde tot!"

schlugen sie auf die Arbeiter ein. Dann wurden die Arbeiter im Volkshaus und auf der Straße von der Polizei nach Waffen durchsucht, während man diese Durchsuchung bei den Nazis unterließ und bei diesen auch keine Verhaftungen vornahm. Es ist nach den Umständen unvorstellbar, daß die Polizei nicht gesehen haben sollte, daß die Nazis Waffen und Schlagringe bei sich trugen. Trotzdem ist die Polizei nicht gegen die Nazis vorgegangen.

Brutale Massenverhaftungen

Die Plänkeleien dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Von den festgenommenen Schutzbündlern und Reichsbannerleuten ist heute, nach 48 Stunden, noch niemand auf freien Fuß gesetzt worden. Trotz eifrigster Bemühungen unserer Genossen war noch keine Verbindung mit den Inhaftierten zu erlangen. Unter den rücksichtslos Verhafteten befinden sich viele Genossen unter 18 Jahren, deren Eltern in großer Sorge sind. Bis jetzt sind noch nicht einmal die Namen aller Verhafteten bekannt.

Von den Nationalsozialister aber ist nicht ein einziger in Haft genommen worden.

Bremen, 10. November.

Die Vernehmung der annähernd 90 verhafteten Reichsbanner- und SAP-Mitglieder dauerte den ganzen Dienstag über an. Sämtliche Verhafteten bleiben vorläufig in polizeilichem Gewahrsam.

Die Harmlosen

Stettin, 11. November.

Bei dem Führer des Sturmes 34 der SA der NSDAP, Geflügelfarmbesitzer Hartwig Block in Bullerbruch und bei dem Leiter der Sportschule der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Schriftsteller Hartseil in Gartz, wurden einige Gewehre und Pistolen sowie etwa 400 Patronen beschlagnahmt. Gegen Block und Hartseil sind Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz vom 27. Juli 1927 eingeleitet worden.

Maulhalten!

Demonstrationsverbot auch in Hessen

Darmstadt, 12. November 1931.

Der hessische Innenminister hat auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung im gesamten Gebiet des Volksstaates Hessen vom 15. November 1931 an einschließlich bis auf weiteres alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufzüge usw. verboten.

Das Spiel Groener-Klagges. Auf die Beschwerde des „Volksfreundes" in Braunschweig, die heute dem Reichsministerium des Innern vom braunschweigischen Minister zugegangen ist, hat der Reichsminister des Innern das neuerliche Verbot des Volksfreundes als unbegründet aufgehoben.

Natürlich die „Kommunisten". Die portugiesische Regierung ist, einer Meldung aus Lissabon zufolge, einem kommunistischen Anschlag auf die Spur gekommen, der auf einen Umsturz im Lande hinzielt. Sie hat die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um einen Staatsstreich zu verhindern.

Kindermord!

Der Rückgang der Sterblichkeit ist eine der erfreulichsten Seiten der modernen Entwicklung. Die Ausrottung völkermordender Seuchen, sogar der Rückgang der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose hat einen Damm gegen die vorzeitige Sterblichkeit gesetzt. Im Jahre 1913 starben auf je 1000 Einwohner noch 15,0; bis zum Jahre 1930 war die Sterblichkeit bereits auf 11,1 auf je 1000 Einwohner gesunken.

Auch die Säuglingssterblichkeit zeigt einen erfreulichen Rückgang; sie ging von 15,1 Proz. im Jahre 1913 auf 8,4 Proz. im Jahre 1930 zurück.

Dagegen zeigt die Sterblichkeit der Säuglinge in den ersten Lebenstagen eine ebenso erstaunliche wie erschreckende Steigungskurve. Nach einer Denkschrift des Reichsinnenministeriums starben von je 1000 Geborenen in den Jahren

	1880	1900	1910	1928 insges.	1928 davon unehel.
vor oder während der Geburt	40,0	31,3	29,6	32,4	48,6
am 1. Lebenstag	8,7	10,7	11,2	15,3	25,0
„ 2. „	5,0	5,1	5,2	6,5	11,0
„ 3. „	3,3	3,3	3,2	3,5	5,9
„ 4. „	2,2	2,1	2,0	2,0	3,5
„ 5. „	1,9	1,5	1,4	1,2	1,7
„ 6. „	2,2	1,6	1,2	1,0	1,5
„ 7. „	2,7	1,7	1,2	0,8	1,3
im 1. Monat ohne die 1. Woche	37,2	34,1	24,0	11,6	20,0
im 2. bis 12. Monat	145,4	145,8	80,7	44,0	66,7

Bei Durchsicht dieser Zahlen zeigt sich edr starke Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Nur in den ersten Lebenstagen macht sich umgekehrt eine Zunahme der Sterblichkeit bemerkbar. Und das trotz der zweifellosen Fortschritte in der Säuglingsbehandlung, die sowohl in der Medizin wie auch in der Mutterausbildung zu verzeichnen sind.

Man würde diese Entwicklung gar nicht begreifen, wenn nicht die bekannte Erscheinung bestünde, daß die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge immer weit über der normalen Sterblichkeit liegt. Diese Erscheinung zeigt aber deutlich die **sozialen** Ursacher der Kindersterblichkeit. Wenn, entgegengesetzt zur allgemeinen Entwicklungslinie der Sterblichkeit, heute die Säuglingssterblichkeit der ersten Lebenstage so hoch über den Zahlen sogar von 1880 liegt, so drückt sich darin das ungeheure Massenelend unserer Zeit aus. **Das kapitalistische System ist brutaler Kindermord.**

13 Jahre zu spät!

Berlin, 11. November 1931.

Furchtbar steht das Wort: „Zu spät!" über der Politik der Sozialdemokratischen Partei. Statt die politische Entwicklung im Sinne des proletarischen Klasseninteresses zu führen, immer an der Spitze zu stehen, wenn Proletarier sich zum Kampf stellten gegen die Gesellschaft der Ausbeutung, — statt dessen ließ sie sich treiben von der Entwicklung, hemmte sie, wo sie nur konnte, und stellte sich nur widerwillig und zögernd auf den Boden neuer gesellschaftlicher Tatsachen, wenn es gar nicht mehr anders ging, wenn es unumgänglich wurde, um — — weiter hemmen zu können.

Was ist das stärkste Argument der SPD gegen den — sicher unberechtigten! — „Vorwurf" von bürgerlicher Seite, sie habe am 9. November 1918 revolutionär gehandelt? Daß man so wie sie handeln mußte, um zu verhindern, daß die proletarische Diktatur ihren Einzug hielt in Deutschland und mit der proletarischen Diktatur die Enteignung der Produktionsmittel. Solange der Kampf um die bürgerliche Republik noch revolutionär wirken mußte: im kriegführenden Kaiserreich, da ging man zu Hindenburg und wurde S. M. untertänigster Staatssekretär. Als die Republik schon fix und fertig war, erkämpft von den Proleten gegen den Willen der eigenen Führung, da auf einmal wurde die SPD republikanisch. Einen Posttag zu spät für das proletarische Klasseninteresse; aber gerade noch zeitig genug für das bürgerliche Klasseninteresse. Denn als nun der Kampf um die proletarische Klassenherrschaft, um die Machtgrundlagen der Sozialisierung von der Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt worden war, da erhielt der Kampf um die bürgerliche Republik — der zwei Monate früher noch revolutionär gewesen wäre — einen konterrevolutionären Charakter. Und seit diesem Moment steht die SPD an der Spitze des Kampfes für die Republik, — das heißt für die republikanische Form des kapitalistischen Klassenstaates.

Das war das „zu spät" um Wochen und Tage, dem tausend ähnliche Situationen folgten seitdem. Aber wenn man die sozialdemokratischen Revolutionsartikel zu diesem letzten 9. November liest und die Reden dazu hört, dann klingt ein „zu spät" hindurch, das mehr denn ein Jahrzehnt umspannt. All diese Artikel sind sich ähnlich wie ein Ei dem andern, auch wenn sie den Blättern entstammen, die einmal mutig den Kampf um die Aenderung der politischen Linie der SPD geführt haben. Greifen wir nur die beiden Blätter heraus, die zuletzt vom Parteivorstand der SPD geköpft wurden: Die „Volkszeitung" in Plauen und das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau. Das letztgenannte Blatt schrieb zu diesem 9. November:

„. . . Die Revolution des 9. November richtete sich gegen den Krieg und gegen die Staatsform. Es so hinstellen, als hätte sie sich gegen das kapitalistische System gerichtet und dieses nur infolge bösen Willens oder Versagens der Sozialdemokratie nicht beseitigt, heißt den unwiderlegbaren Beweis dafür führen, daß man trotz aller Bemühung um „marxistische Bücher" noch nicht einmal die ABC-Fibel des Sozialismus mit Nutzen studiert hat. . ."

Im Bewußtsein Scheidemanns, der die Republik „ausrief", und des SPD-Apparates hat sich die Revolution von 1918 gewiß nicht gegen das kapitalistische System gerichtet. Wir glauben das gern. Aber nach dem Willen des aktiv kämpfenden Teils des Proletariats sollte dieser Kampf wohl gegen das kapita-

Georg Ledebour

beginnt in der heutigen Nummer der „SAZ" seine Revolutionserinnerungen zum Abdruck zu bringen.

Die schwarze Fahne

Stettin, 11. November.

Am Mittwoch sollte bei einem Rittergutsbesitzer in Naulin (Kreis Pyritz) eine Zwangsversteigerung stattfinden. Vom Dache des Wohnhauses wehte die schwarze Fahne. Aus den umliegenden Dörfern waren die Bauern herbeigeeilt. Die Versteigerung wurde aufgehoben, weil die Bauern eine drohende Haltung einnahmen. Nach Absingen des Deutschlandliedes zerstreute sich die Menge. Eine polizeiliche Untersuchung wurde eingeleitet.

*

Hätte es sich um klassenbewußte Arbeiter gehandelt — wehe den Aermsten.

Im Braunschweiger Landtag wurde am Mittwoch der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen Minister Klagges mit 20 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

kratische System gerichtet sein. Die von Ebert gezeichneten Plakate: „Die Sozialisierung marschiert", sollten den Massen vortäuschen, daß auch der Wille der SPD-Führung auf das gleiche Ziel gerichtet sei. Und die Mehrheit der heute noch am „Sächsischen Volksblatt" beschäftigten Redakteure hat damals und noch bis in die jüngste Zeit manch bitteres Wort gefunden über die Politik der systematischen Irreführung der Massen in der Revolution von 1918 durch die Führung der SPD. Heute, nach 13 Jahren, merken sie, daß all das falsch war, was sie vor 13 Jahre lang gesagt und schrieben; heute, nach 13 Jahren, merken sie, daß die Revolution von 1918 gar nicht gegen das kapitalistische System gerichtet war . . . ein bißchen spät!

In der Plauener „Volkszeitung für das Vogtland", die jetzt als Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung" erscheint, heißt es sogar noch deutlicher über den November 1918:

„Im Grunde war es keine Revolution!"

Keine Revolution? Es hat lange gedauert, bis man das gemerkt hat! 13 Jahre lang! Und doch war es eine Revolution, wenn auch eine von der Konterrevolution erstickte, an der Entfaltung gewaltsam gehinderte. „Die kapitalistische Gesellschaftsordnung wurde nur oberflächlich durch die Novemberstürme erschüttert" — so heißt es weiter im Revolutionsartikel der „Volkszeitung". Richtig! Aber eine Stütze schuf dem wankenden System die Politik der sozialdemokratischen Partei, die Politik Eberts und Noskes. Und weiter heißt es: „Wehe, wenn der Faschismus sein Haupt erhebt. Das wird ein furchtbares Erwachen geben." 13 Jahre früher als die „Volkszeitung" haben diesen Ruf die revolutionären Arbeiter Deutschlands erhoben. Heut kommt er zu spät. 13 Jahre zu spät. Heut ist das furchtbare Erwachen schon gekommen. Furchtbarer, als irgend jemand es vorher geahnt.

„Wer schuf das Tarifrecht der Gewerkschaften? Wer drängte auf Ausbau des Schlichtungswesens? Das waren die Marxisten, die Gewerkschaften, gemeinsam mit der Sozialdemokratie." — Setzt man für Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Klassenkraft der Arbeiterklasse, die in ihnen sich zu entfalten, durch sie zu wirken suchte, so mag das zum guten Teil gelten. Aber wer schuf dere Konterrevolution die Basis, von der aus sie sich sammeln konnte zu jenem gewaltigen Vormarsch, den die Arbeiterklasse heute schaudernd erlebt? Es war die Führung der Sozialdemokratischen Partei, mit der übereinstimmend Gustav Noske die Landknechtshorden aus dem Baltikum rief, um die revolutionären Berliner Arbeiter niederschießen zu lassen. Da kamen sie, mit dem grauen Stahlhelm und dem weißen Hakenkreuz daran und taten ihr blutiges Werk. Vor 13 Jahren! Von der Führung der SPD gerufen.

Heut sehen wir sie wieder als die Unteroffiziere und die Offiziere der gelben Armee des Faschismus. Wie viele von diesen sind die alten Gesichter, die alten Feinde von den Januar- und Märzschlachten in Berlin, von den Kämpfen des Kapp-Putsches, von den schlesischen Grenzbanden unter der Oberpräsidentschaft Otto Hörsings und der Ministerschaft Karl Severings. Im Stettiner Fememordprozeß fiel rechtzeitig der Schleier, ehe Karl Severing schwören mußte, ob er sich erinnere. Vor ihrem Gewissen werden die Noske, Hörsing und Severing keinen Schleier finden, der ihnen gnädig hilft.

Auf die Macht gestützt, die diese Männer riefen, um die revolutionären Arbeiter niederzuschlagen, hat die Konterrevolution den Arbeitern alles wieder genommen, was deren Kraft im Sturm der Revolution eroberte:

den menschenwürdigen Lohn, den Ausbau der Sozialversicherung, das politische Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinden, die Freiheit der Rede, die Freiheit der politischen Willenskundgebung — alles, alles.

„Wollt ihr, daß der Faschismus den 9. November besiegt?"

so fragt die „Volkszeitung". Zu spät die Frage! 13 Jahre zu spät! Der 9. November 1918 ist heute besiegt von jenen faschistischen Mächten, die Noske und Ebert, die Hörsing und Severing gegen die Revolution mobilisierten, bis diese faschistischen Elemente stark genug geworden waren, allein ihren Weg zu gehen, der sie nun auch über die hinweg führen wird, die sie vor 13 Jahren gerufen haben.

Der 9. November 1918 ist besiegt. Aber ein neuer November dämmert herauf am Horizont der Geschichte. Die bisher noch so kurze, aber so stürmische Entwicklung unserer Bewegung, der Sozialistischen Arbeiterpartei, zeigt, wo die Kräfte sich formieren zum neuen Sturm gegen die Ausbeuterwelt. Schon haben wir im ersten Feuer gestanden. Die Macht des bürgerlichen Klassenstaates ist zum erstenmal gegen uns in Aktion getreten. Wir stehen an der Seite unserer Bremer Genossen und drücken ihnen in dieser ernsten Stunde die Hand. Die revolutionären Arbeiter Deutschlands stehen hinter ihnen, wenn die Macht des kapitalistischen Staates sie zu Boden zu drücken sucht. Keine Macht wird dazu stark genug sein! Denn wieder sammelt sich die Klassenkraft des Proletariats, die am 9. November 1918 besiegt, bis die Arbeiterklasse selbst die Macht wieder aus der Hand gab.

Es ist 13 Jahre zu spät, über den Verlust des 9. November 1918 zu klagen. Aber es ist Zeit, dem neuen November die Bahn frei zu machen! Wir sind auf dem Weg!

Die hessische SAP im ersten Kampf

Der Einbruch in die Hochburg des Revisionismus — Die Abwehr des Apparats

Die hessische Sozialdemokratie war unter Führung von Dr. Eduard David jahrzehntelang die Hochburg des rechten Flügels der SPD. Die auf dem linken Flügel der Partei stehenden Redner kamen selten nach Hessen hinein. Dafür sorgte die gesamte Parteibürokratie. Diese Einstellung war begründet in den eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen in diesem Gebiet.

Oberhessen ist vorwiegend agrarisch. Es war in der ersten großen Agrarkrise der achtziger Jahre der Hort der antisemitischen Bewegung, und es ist heute wiederum stark nationalsozialistisch. Die in Steinbrüchen, Ziegeleien und in der kleinen Industrie, sowie die teilweise in Frankfurt a. M. beschäftigte Arbeiterschaft war allmählich von der Sozialdemokratie erobert worden. Die Vernachlässigung ihrer Interessen hat dazu geführt, daß die Kommunisten in den letzten Jahren unter ihnen Fuß fassen konnten.

In der hessischen Sozialdemokratie sammelten sich außer der vielfach noch in kleinbürgerlichen Anschauungen befangenen Arbeiterschaft die radikaleren Elemente des Bürgertums, in dem noch die demokratischen Traditionen der 48er Bewegung nachwirkten.

Mit der Verschärfung des Existenzkampfes gerade des Kleinbürgertums erleben wir in Hessen, daß die aus dem Bürgertum zur Sozialdemokratie gestoßenen Schichten nach rechts abwandern. Die Arbeiterschaft der Bezirke, in denen die Großindustrie sich angesiedelt hat, insbesondere am Main, ist dagegen stark radikalisiert worden und sie gerät deshalb in steigenden Gegensatz zu der noch ganz revisionistischen Führung der Sozialdemokratie.

Am drastischsten trat das nach dem 14. September des vorigen Jahres in Erscheinung. Zum erstenmal schickten verschiedene hessische Bezirke oppositionell eingestellte Vertreter auf den Leipziger Parteitag. Es wurde mit geringer Mehrheit der Genosse Ohlhof als Delegierter zum Leipziger Parteitag gewählt, der die Haltung der neun Genossen verteidigte, die beim Panzerkreuzer B gegen die Fraktion im Reichstag ihre Stimme abgegeben hatten.

Auf dem Wormser Parteitag der hessischen Sozialdemokratie, der den Auftakt zu den bevorstehenden hessischen Landtagswahlen bilden sollte, zeigte sich, wie stark die Unzufriedenheit mit der offiziellen Parteiführung im Reich und in Hessen in der hessischen Parteimitgliedschaft sich angesammelt hatte. Die Opposition war sich allerdings nur teilweise über die tieferen Ursachen dieser Unzufriedenheit vollkommen klar. Ein großer Teil der Oppositionellen sah nur das persönliche Versagen einiger Führer und richtete den Kampf lediglich darauf, die bisherige Vertretung der Partei im hessischen Landtag zu erneuern. Allen diesen Bemühungen setzte die sture Parteibürokratie den schärfsten Widerstand entgegen, und so kam es nach dem Wormser Parteitag in fast allen Parteibezirken noch zu lebhaften Auseinandersetzungen. Zahlreiche Genossen, die im Grunde durchaus linientreu waren, fanden sich zu Sonderkonferenzen zusammen, um die durch geschickte Regie auf dem Landesparteitag durchgesetzte Kandidatenliste noch nachträglich zu korrigieren. Unter Anwendung aller möglichen Beschwichtigungsmittel gelang es, diese opponierenden Genossen zum Schweigen zu bringen

Mitten in die Wahlvorbereitungen platzten nun die Auseinandersetzungen über den Hinauswurf der im Kampfe gegen die Tolerierungspolitik im Reiche führenden Genossen Seydewitz und Rosenfeld. Die hessische Parteileitung bemühte sich, die in den Mitgliedschaften hierüber entstehenden Kämpfe bis über den Wahlkampf hinaus zu vertagen. Als ihr das nicht gelang, versuchte sie den Konflikt dadurch zu lokalisieren, daß sie in Offenbach und Mainz die führenden Genossinnen und Genossen der Opposition ausschloß. So kam es bald nach dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei zur Bildung eines Bezirks Hessen der SAP, der nun vor der Frage stand, ob er sich schon selbständig am Wahlkampf in Hessen beteiligen sollte. Die Genossen entschieden sich für die Beteiligung, obwohl die Organisation noch in den Anfängen steckt und obwohl noch jede eigene Presse fehlt.

Die sozialdemokratische Presse wandte sich mit besonderer Erbitterung gegen die von der Partei hinausgeworfenen „Spalter". Sie versucht sie persönlich herabzusetzen und die Bewegung als völlig bedeutungslos abzutun. Festzustellen ist aber heute schon, daß das Eingreifen der SAP in den Wahlkampf einen starken Einfluß auf den Verlauf der Wahlbewegung ausübt. Der jungen SAP ist es nicht nur in allen größeren Städten Hessens gelungen, große Wahlversammlungen zu veranstalten, sondern sie konnte schon in mehr als hundert Landorten Wahlversammlungen organisieren und durchführen. In allen diesen Wahlversammlungen kam es zum ersten Male seit langen Jahren zu ernsthaften und sachlichen Auseinandersetzungen über die Wege, die das Proletariat in seinem Kampfe um die Befreiung einzuschlagen hat. Unter dem Drucke dieser Auseinandersetzungen fanden auch zum ersten Male wieder Diskussionen in Versammlungen der SPD und der KPD statt. Wie wenig der SPD diese Auseinandersetzungen bekommen, geht aus einer Bekanntmachung hervor, die das Landessekretariat der SPD in Hessen vor wenigen Tagen in der hessischen SPD-Presse veröffentlicht hat. In dieser Bekanntmachung heißt es:

„Der Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei wird nicht mit Volksversammlungen, sondern mit Kundgebungen geführt, bei denen es keine Diskussionen gibt. Werden von Versammlungsbesuchern, die am Orte ansässig sind, Anfragen gestellt oder über irgendeinen Punkt Aufklärung gewünscht, so sind die Referenten gerne bereit, Rede und Antwort zu stehen. An auswärtige Redner darf in einer sozialdemokratischen Kundgebung das Wort nicht erteilt werden."

In den letzten Tagen geht die SPD noch zu anderen Praktiken über, um unsere Wahlversammlungen zu vereiteln. Sie versucht es mit dem Mittel, das früher mit Erfolg von den Bürgerlichen gegen sie angewandt wurde, sie versucht uns die Säle abzutreiben. In einem kleinen rheinhessischen Ort hat sie auch dieser Tage das Mittel angewandt, vor das Lokal Mitglieder zu postieren, die den ankommenden Versammlungsbesuchern erklärten, die Versammlung sei abgesagt worden. Solche Mittelchen können hie und da einmal ihren Zweck, uns nicht zu Worte kommen zu lassen, erreichen. Damit wird man jedoch ebensowenig unsere Bewegung auf die Dauer niederhalten können, wie derartige Maßnahmen einst das Anwachsen der Sozialdemokratie unterbinden konnten.

Wie sehr man sich jedoch in den Kreisen der Parteibürokratie der Gefahr bewußt ist, die der SPD aus unserem selbständigen Auftreten droht, ergibt sich noch aus einer anderen Beobachtung. Während bisher alle linken Genossen systematisch aus Hessen ferngehalten wurden, werden sie jetzt, soweit sie in der Partei geblieben sind, — also nun des Parteivorstandes allergetreueste Opposition sind, — mit besonderer Vorliebe im Wahlkampf verwandt. Die Genossen Arzt, Lipinski, Saupe u. a., die bei dem Konflikt mit den Altsozialisten in Sachsen in der hessischen Sozialdemokratie allgemein als ausschlußreif galten, dürfen jetzt für die hessische Parteiführung die Kastanien aus dem Feuer holen.

Unser Kampf gegen die mit reichen Geldmitteln und einem ausgebauten Organisationsapparat arbeitenden Parteien ist schwer. Es wird von unseren Genossen Bewundernswertes geleistet. Sie sind Abend für Abend bis spät in die Nächte und an jedem Sonntag unterwegs. Inwieweit es ihrer Arbeit gelingt, das fast bei allen letzten Wahlen zu verzeichnende Abbröckeln der proletarischen Front aufzuhalten, sie so gegen das Anwachsen der Reaktion zu stärken, wird der Sonntag erweisen.

Was gibt es da zu verraten?

Berlin, 11. November.

Vor dem Ersten Strafsenat des Kammergerichts wurde am Dienstag gegen den polnischen Staatsangehörigen Georg Zwick und einen Obergefreiten der Reichswehr wegen Verrats militärischer Geheimnisse zugunsten Polens verhandelt. Zwick hatte sich geheimzuhaltende militärische Schriftstücke zu verschaffen gewußt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Das Urteil gegen Zwick lautete auf vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, und gegen den Reichswehrangehörigen auf 1½ Jahre Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und Dienstentlassung.

*

Dasselbe Wehrministerium, das die nicht abreißenden Landesverratsprozesse inszeniert hat, versichert den deutschen Arbeitern immer wieder, daß Deutschland völlig abgerüstet sei. Bleibt die Frage, was es da eigentlich noch zu verraten gibt? . . .

„Deutsche Zeitung" verboten

Berlin, 11. November.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 hat der Polizeipräsident am Dienstag das Erscheinen der „Deutschen Zeitung" einschließlich ihrer Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 17. November 1931 verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen der Buchbesprechung „Rebellen um Ehre". In dieser Besprechung wird eine Verherrlichung und Billigung der in den Jahren 1928 1929 ausgeführten Bombenanschläge erblickt.

In Brünings Spuren

Wirtschaftsdiktatur in Finnland geplant

TU. Helsingfors, 11. November.

Die Regierung hat mit einzelnen Reichstagsgruppen einen Gesetzesvorschlag besprochen, der darauf hinausgeht, in Finnland die wirtschaftliche Diktatur einzuführen. Offiziell ist dieser Gesetzesvorschlag dem Reichstag noch nicht vorgelegt worden. Das Gesetz würde der Regierung außerordentliche Vollmachten geben, die Verfügungen aller Art selbständig treffen könnte, mit Ausnahme der Angelegenheiten des Einkommenhaushalts des Staates.

Noch nicht genug gewarnt?

Große Koalition in Lettland?

Riga, 10. November.

Die Regierungsbildung durch den lettländischen Bauernburd hat noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Da die Sozialdemokraten ihre zunächst grundsätzlich ablehnende Haltung gegen das Zusammengehen mit dem Bauernbund geändert haben, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es zu einer

Regierung der großen Koalition, unter Ausschaltung der Minderheiten kommt.

In Abgeordnetenkreisen wird mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet, daß die Führung schließlich in die Hände der linksbürgerlichen Mittelparteien gelangt, wobei als aussichtsreichste Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten der frühere Staatspräsident Semgal und der frühere Ministerpräsident der Linksregierung, Skujeneek, genannt werden.

Devaheim-Voruntersuchung. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend ist jetzt im Devaheim-Skandal die Voruntersuchung gegen die ehemaligen Leiter des Konzerns Jeppel Cremer usw. eröffnet worden. Man rechnet damit, daß die Voruntersuchung kurz vor Weihnachten geschlossen und dann die Anklage erhoben werden kann, so daß mit dem Beginn der Hauptverhandlung für Februar zu rechnen wäre.

Burgfrieden in Sicht!

Neueste Meldung zum Rundfunkstreit

Im Feuilleton der heutigen „SAZ" haben wir die grundsätzliche Seite der Rundfunkdebatten anläßlich der Novemberrede des Magdeburger Sozialdemokraten Höltermann behandelt. Höltermann läßt seine Rede jetzt im „Berliner Tageblatt" veröffentlichen: er und das Mosseblatt sind ordentlich stolz darauf, daß dieses Opus in keiner Weise „parteipolitischen" (das heißt sozialistischen!) Charakter hatte, sondern in dem kreuzbraven Ton des liberal-bourgeoisen Republikanismus gehalten war.

gleichfalls das erwähnte Blatt zu melden

Man kann daher verstehen, daß — wie weiß — eine Aussprache zwischen Brüning und Braun am Montag abend

bereits eine Verständigung ergeben hat.

„Darüber hinaus", so berichtet das Blatt weiter, „wird man sich auch auf seiten des Reiches davon überzeugt haben, daß sich das Reichsministerium des Innern durch seine Rundfunkreferate in eine unhaltbare Position bringen ließ".

Na also! Der sozialdemokratische Rundfunküberwacher Heilmann wird auch in diesem Fall nachträglich noch den Segen der Bourgeoisie erhalten — es war alles nicht so bös gemeint!

Aus dem Klassenstaat

Am Dienstag wurden auf Veranlassung der Landeskriminalpolizei in Pinneberg Haussuchungen bei linksradikal eingestellten Personen vorgenommen. Hierbei wurden Schriften, sowie einige Waffen beschlagnahmt.

Freiburg (Breisgau), 10. November.

In den letzten Tagen sind in Freiburg im Breisgau elf Personen, darunter drei Studenten, verhaftet worden, die der Kommunistischen Partei angehören. Sie sind dringend der Vorbereitung zum Hochverrat verdächtig.

Blutige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nazis fanden am Dienstag in Koblenz statt. Ein Kommunist erhielt einen Messerstich in die Brust, zwei andere wurden niedergeschossen. Ein (!) Nationalsozialist und vier (!) Kommunisten wurden von der Polizei verhaftet.

Wie sie hochkamen

Das Rezept der Nazis

Nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen Zentrum und den Nazis liegen sich „Germania" und der „Angriff" des Herrn Goebbels in den Haaren. Dabei zitiert die „Germania" zwei Stellen aus dem Programmartikel des Mephisto Goebbels, die über den Kreis der Beteiligten hinaus — immer mal wieder — von Interesse sind.

Wie sind die Nazis hochgekommen? Goebbels verrät es:

„Wir schrien und randalierten, schlugen Florett und schwere Säbel, schossen mit Böllern und vergifteten Pfeilen und so kamen wir allmählich nach oben." Und an einer anderen Stelle:

„Wir hungerten uns schlecht und recht durch, aber um so weiter machten wir den Mund auf und um so lauter schrien wir. Je weniger wir waren, desto dicker taten wir, und am Ende haben wir damit gewonnen."

So sind sie hochgekommen und so werden sie auch wieder zugrundegehen! Man kann nicht ein ganzes Volk auf die Dauer belügen und betrügen. Auch der größte Vorrat an „vergifteten Pfeilen", an Hetze und Dicktun hat einmal ein Ende. Und auch das größte Maul hat seine Grenze ebensogut wie das leerste Hirn, worin ja die Nazis sicher den Rekord schlagen. Nur gerade das Zentrum hat keinerlei Ursache, sich besonders moralisch zu drapieren, war es doch bereit (und wird es wohl bald genug wieder sein), so wohlausgerüstete Streiter für „Recht und Freiheit" als Kampfgefährten zu akzeptieren.

Tages-Chronik der SAZ

So wird mit Arbeiterleben umgegangen!

Die Ursachen des Hauensteiner Unglücks.

WTB. Hauenstein (Bez. Pirmasens), 11. November. Die Untersuchung über die Ursache des schweren Explosionsunglücks im hiesigen Steinbruch, das sechs Todesopfer forderte, hat ergeben, daß das Unglück durch grobe Fahrlässigkeit, die in mangelhafter Absperrung und mangelnder Vorsicht nach dem ersten Sprengschuß erblickt wird, verschuldet wurde. Nach Ansicht eines Sachverständigen wäre die Gemeinde Hauenstein verpflichtet gewesen, die notwendigen Absperrungsmaßnahmen durchzuführen.

Damit keine falschen Meinungen aufkommen . . .

Das Reichsgericht über George Grosz

Eine bürgerliche Gerichtskorrespondenz verbreitet die folgende Mitteilung aus Leipzig:

„Gegenüber nicht zutreffenden Auslegungen der Entscheidung des zweiten Strafsenats des Reichsgerichts, der den Freispruch George Grosz' bestätigte, hat sich der Senat zu einer amtlichen Aeußerung über die Gründe für seine Entscheidung veranlaßt gesehen. Er betont darin, daß das beanstandete Bild des Malers, der Christus mit Gasmaske und Militärstiefeln, objektiv eine Gotteslästerung darstelle, wie dies auch vom Landgericht III anerkannt worden sei. Die Freisprechung des Malers sei aus subjektiven Gründen erfolgt, weil man ihm geglaubt habe, daß er nicht das Bewußtsein einer Gotteslästerung gehabt habe. **Das Reichsgericht habe damit nicht sagen wollen, daß es der Kunst unter allen Umständen zugestanden werde, sich frei zu betätigen.** Vielmehr setze auch dem Künstler das Strafrecht gewisse Grenzen, die in diesem Fall überschritten worden seien, Deshalb sei auch auf Unbrauchbarmachung der Platten erkannt worden."

Also: es soll auf keinen Fall der Eindruck entstehen, als ob in unserer „demokratischen" Republik der Artikel 118 der Reichsverfassung Geltung besitze, wonach eine Zensur geistiger und künstlerischer Betätigung nicht stattfinde . . .

Auch Groener hat seine Sorgen

Einem Obermeister der Friseurinnung in Schneidemühl wurde jetzt, nach 13 Jahren, durch das Reichswehrministerium das Eiserne Kreuz erster Klasse verliehen. Die eigentliche Verleihung datiert schon vom 7. August 1918 „wegen tapferen Verhaltens in der Marneschlacht". Da die Zustellung jedoch beim Rückzug 1918 den Zuständigen nicht erreichte, wurde sie jetzt vom Reichswehrministerium nach Auffindung der betreffenden Akten nachgeholt.

Erinnerung an Wilhelms glorreiche Zeit

Kanonenboot „Panther" versteigert

Das durch den „Panthersprung nach Agadir" bekannte Kanonenboot „Panther" ist in Kiel öffentlich versteigert worden. Das Höchstangebot im Betrage von 37 262 Mark gab die Frankfurter Firma Adler jun. Die Angebote sind an die Marineleitung in Berlin geschickt worden, die den Zuschlag erteilen wird. Infolge der ungünstigen Lage am Schiffahrtsmarkt besteht allerdings keine Aussicht, daß das Kanonenboot nach den nötigen Umbauten in der Handelsschiffahrt Verwendung finden könnte.

Verdiente Strafe für einen Tierquäler

Vor der Strafkammer in Harburg-Wilhelmsburg hatte sich ein Kutscher wegen grausamer Tierquälereien zu verantworten. Der Angeklagte hatte nicht weniger als 23 Hunde eingefangen und die Tiere in roher Weise zu Tode gemartert. Der Mann wurde wegen Tierquälereien „aus sadistischen Gründen" zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Fossilienfund bei Innsbruck

Innsbruck, 10. November.

Nach einer Mitteilung des Geologischen Instituts der Universität Innsbruck sind bei Abräumungsarbeiten in einer Ziegelei in der Nähe von Innsbruck fossile Ueberreste eines fast anderthalb Meter langen Fisches aufgefunden worden. Der Fisch, dessen Alter auf hunderttausend Jahre geschätzt wird, dürfte der Familie der Salmoniden angehören.

Den Gerichtsvollzieher erschossen

Der Landwirt Karl Bühler in Neuhausen bei Zell a. H. hat in seinem Hause bei einer Pfändung den Gerichtsvollzieher Füger erschossen und sich dann verschanzt. Nach dreistündiger Belagerung durch Gendarmerie und Schutzpolizei hat er sich ergeben. Zehn Mann Schupo aus Offenburg und Gendarmeriebeamte aus Offenburg und Zell a. H. hatten von 10½ bis 11½ Uhr das Haus des Bühler umstellt. Auch das Freiburger Ueberfallkommando war alarmiert worden, brauchte aber nicht mehr in Aktion zu treten. Da die Gewalttätigkeit Bühlers allgemein bekannt war, kreiste man das Haus vorsichtig ein. Schließlich begab sich Polizeihauptmann Roß aus Offenburg nach der Rückseite des Anwesens und warf eine Handgranate in den Hof, sprang hierauf mit einer zweiten Handgranate vor und forderte Bühler auf, das Haus auf der Vorderseite zu verlassen. Dieser Aufforderung leistete Bühler mit hocherhobenen Händen Folge. Schupobeamte umringten ihn sofort. Er wurde ins Offenburger Gerichtsgefängnis gebracht.

Sturm auch an der französischen Küste

Paris, 11. November.

Der Schaden, den der Sturm seit etwa 48 Stunden an der französischen Küste angerichtet hat, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Eine große Anzahl von Fischerbarken zerschellten in den verschiedenen Häfen der Bretagne, glücklicherweise ohne daß Menschenleben zu beklagen sind. Andere kleine Fahrzeuge rissen sich von ihren Ankern los und trieben auf das Meer hinaus. In Quimper sind die niedriger gelegenen Hafenviertel vollkommen überschwemmt. An der französischen Westküste hat der Sturm schweren Schaden angerichtet. Eine Reihe von großen Straßen, die unweit der Küste entlangführen, wurde durch andauernde Regenfälle, verbunden mit Hagelschlag, für den Verkehr unbrauchbar gemacht.

Rasmussen von Ostgrönland zurückgekehrt

Der bekannte dänische Grönlandforscher Dr. Knud Rasmussen ist am Dienstag von seiner Ostgrönland-Expedition zurückgekehrt, die er im August angetreten hatte. Er erklärt, daß er 2500 Seemeilen im Motorboot längs der Küste zurückgelegt und dabei wertvolle archäologische Funde gemacht habe, u. a. habe er den Wohnplatz des ersten Grönlandfahrers aus dem zehnten Jahrhundert aufgefunden. Auf Befragen betonte er, daß die ganze Gegend für Weiße ungeeignet sei, wohl aber Nahrungsmöglichkeiten für den Eskimo biete.

Wegen Menschenraubes verhaftet

WTB. Chicago, 10. November.

Dago Lawrence Mangano, ein Unterführer Al Capones, der als dessen mutmaßlicher Nachfolger galt, ist mit fünf Gefährten von der Polizei verhaftet worden unter der Beschuldigung, Leiter einer Organisation zu sein, die sich damit beschäftigte, wohlhabende Leute zu entführen, um ein Lösegeld zu erpressen. Nach Angaben der Polizei waren in den letzten zwölf Monaten mindestens 100 Fälle derartigen Menschenraubes zu verzeichnen.

Bilanz einer Naturkatastrophe

Die Ueberschwemmungen in China.

WTB. Nanking, 11. November.

Die amtlichen Berichte aus den Provinzen, die von den letzten Ueberschwemmungen schwer heimgesucht wurden, und deren Bodenfläche 120 000 Quadratmeilen beträgt, geben an, daß in den Provinzen Ngan-Hwei und Kiang-Su 27 bzw. 31 Prozent der Getreideernte und 18 bzw. 26 Prozent der Reisernte und in den anderen Provinzen 29 Prozent der Getreideernte und 24 Prozent der Reisernte vernichtet worden sind. Man schätzt den Wert der vernichteten Lebensmittel auf 500 Millionen mexikanische Dollar.

Eine Stadt durch einen Orkan zerstört

TU London, 11. November.

Die Stadt Lasmasica in Honduras ist durch einen Orkan vollkommen zerstört worden. Die Eisenbahnlinien und die Telephonverbindungen sind vollkommen unterbrochen. Man nimmt an, daß mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen sind. Bekanntlich ist am 10. September die Stadt Belize in Honduras durch einen Orkan zerstört worden, wobei 1000 Menschen ums Leben gekommen sind.

Zwei Bergleute tödlich verunglückt

Münster i. W., 11. November.

Auf der Zeche „Fürst Leopold" in Hervest-Dorsten ereignete sich am Dienstag kurz nach Schichtbeginn ein schwerer Grubenunfall, bei dem zwei Bergleute ums Leben kamen. Die beiden Bergleute waren mit Verbauen beschäftigt, als sich plötzlich aus dem Hangenden ein schwerer Gesteinsblock löste und die Arbeiter unter sich begrub.

Wie lange noch?

Die Barbarei der Todesstrafe

Die grauenhaften Szenen, die sich bei den kürzlich im Cook County Gefängnis in Chicago erfolgten Hinrichtungen von vier Mördern abspielten, geben der englischen Presse wieder einmal Anlaß, auf den „humanen" Vollzug der Todesstrafe durch den Strick gegenüber der Todesmarter hinzuweisen, die der Delinquent auf dem elektrischen Stuhl erleidet. Man hatte im Hinrichtungsraum des Chicagoer Gefängnisses einen neuen elektrischen Stuhl aufgestellt, aber der Tod trat bei allen vier Delinquenten erst nach entsezlichen Todesqualen ein. Es bedurfte einer Zeit von 24 Minuten, um die Todesstrafe zu vollziehen. Frank Jordan, der zwei Polizisten erschossen hatte, starb als erster. Er wurde um 12,13 Uhr nachts zum elektrischen Stuhl geführt. Als der Strom eingeschaltet wurde, schnellten die Beine des Delinquenten hoch in die Luft, weil der nervösgewordene Henker es unterlassen hatte, sie festzuschnallen. Das Versäumte wurde dann nachgeholt und der Strom erneut eingeschaltet. Es vergingen aber noch vier bange Minuten, ehe der Tod eintrat. Zwei starke Stromstöße waren erforderlich, um den Bankiermörder Charles Rocco vom Leben zum Tode zu befördern. Erst nach acht Minuten konnte der Arzt den eingetretenen Tod feststellen. Roccos Komplice, John Popescu, war der nächste, der den Stuhl bestieg. Er zitterte am ganzen Leibe in den Armen seiner Wärter, die ihn auf den Stuhl setzten. Die Exekution dauerte sechs Minuten. Sechs Minuten waren auch erforderlich, um Richard Sullivan zu töten, der an der Ermordung seines Restaurateurs beteiligt war. In dem Glauben, daß sein Todfeind Frank Bell ihm im Tode vorangegangen, nahm er mit dem Gefühl befriedigter Rachelust und schadenfrohem Lachen auf dem Stuhl Platz. Er wußte freilich nicht, daß die Hinrichtung seines gehaßten Spießgesellen im letzten Augenblick aufgeschoben worden war. 150 Zeugen wohnten den Hinrichtungen bei und sahen durch eine Wand von Spiegelglas in die grell beleuchtete Todeskammer. Unter ihnen befand sich auch der Mann, der den Mörder Jordan unmittelbar nach der Tat ergriffen hatte. Er lachte hell auf, als man ihm erzählte, Jordan habe ihm erkannt, und sein letztes Wort sei ein Ausdruck des Hasses gegen den Mann gewesen, der ihn zur Strecke gebracht habe.

Die deutsche Novemberrevolution

Von GEORG LEDEBOUR

Wir veröffentlichen mit großer Freude an dieser Stelle die Erinnerungen des Genossen Georg Ledebour über den Verlauf der deutschen Novemberrevolution. Der trotz seines hohen Alters immer noch jugendliche Revolutionär appelliert hier an die deutschen Sozialisten, vor allem die sozialistische Jugend, aus den vor 13 Jahren begangenen Fehlern zu lernen. Möge sein Ruf einen starken Widerhall beim Proletariat finden.

I.

Zum dreizehnten Male jährt sich die deutsche Novemberrevolution. Sie ist durch das Zusammenwirken von Gegnern und angeblichen Freunden der Revolution sofort gänzlich verpfuscht worden. Von den Zielen, die wir revolutionären Sozialisten damals erstrebten, sind wir heute weiter entfernt, denn je. Die Rechtszustände, unter denen wir jetzt für die Verwirklichung unserer Ideale zu kämpfen haben, stehen an Arbeiterfeindlichkeit kaum noch zurück hinter den schlimmsten Zeiten des wilhelminischen Imperialismus. Dennoch sind wir fest entschlossen, alle unsere Kraft abermals einzusetzen, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen über alle seine Feinde, über den ungeschminkten, wie über den getarnten Faschismus.

Gerade unsere kommenden Kämpfe bedingen es aber, daß wir uns über die Vorgänge vor 13 Jahren volle Aufklärung verschaffen, um die Fehler jener Zeit vermeiden zu können. Deshalb sollen die hauptsächlichsten Aktionen, die von uns revolutionären Sozialisten zur Beendigung des Krieges und zur Durchführung einer sozialistischen Revolution in Deutschland herbeigeführt wurden, hier in knappen Darstellungen geschildert werden.

1. Massenstreiks zur Schulung der Arbeiterschaft für die Revolution

Aus der Gegnerschaft gegen den imperialistischen Weltkrieg war in Deutschland die Opposition emporgewachsen, die schließlich bewußt auf eine revolutionäre Erhebung zum Sturz der monachistischen Regierung und auf die Herbeiführung des Weltfriedens hinarbeitete. Diese Opposition hatte ihre Leitung in einem angesichts des herrschenden politischen Unterdrückungssystems natürlich geheim arbeitenden Kopf, der aus dem Fraktionsvorstande der Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie und einigen anderen USP-Genossen, ferner Vertetern des von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Spartacus-Bundes, sowie dem Vorstand der Organisation der Revolutionären Obleute der Metallbetriebe bestand.

Vor allen Dingen haben wir uns bemüht, die auf unserer Seite stehende Arbeiterschaft **zum politischen Massenstreik zu bringen,** da er für uns das endgültig entscheidende Kampfmittel werden mußte. **Es war im Verlauf der Kriegszeit schon wiederholt zu** Teilstreiks gekommen, so, als am 1. Mai 1916 der Genosse Karl Liebknecht wegen einer Kundgebung gegen den Krieg auf dem Potsdamer Platz in Berlin verhaftet und dann vom Kriegsgericht zu Zuchthaus verurteilt worden war. Anfang 1918 waren aber die Verhältnisse soweit gediehen, daß eine revolutionäre Aktion zur Beendigung des Völkergemetzels aussichtsreich erschien. Ich wollte deshalb die Reichstagsfraktion der USP dazu bringen, einen von uns allen unterzeichneten Aufruf zum Massenstreik zu erlassen.

Zu diesem Zweck setzte ich mich mit der Leitung der Revolutionären Obleute in Verbindung. Sie entsandte die Genossen Paul Blumenthal und Richard Müller, mit denen ich verabredete, daß sie selbst die Forderung eines von uns zu unterzeichnenden Aufrufs zum Massenstreik in einer kombinierten Sitzung der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion der USP stellen sollten. Mit dem Massenstreik waren die USP-Genossen einverstanden, aber gegen die Unterzeichnung durch die Gesamtfraktion machten sich Widersprüche geltend, da das eine unnütze Gefährdung der Unterzeichner sei. Mein Gegenargument, daß wir selbst verpflichtet seien, uns mit unserer Person einzusetzen, um dem Aufruf den größten Nachdruck zu verleihen, verfing nicht. Im Verlauf der Debatte machte der Genosse Adolf Hoffmann dann den seiner diplomatischen Veranlagung entsprechenden Vorschlag, der Aufruf solle mit der Wendung schließen: „Nunmehr haben die Arbeiter das Wort!" Da die Genossen Blumenthal und Müller sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärten, wurde er gegen meinen Einspruch angenommen.

Der Aufruf hatte zunächst großen Erfolg. Auch der Spartacus-Bund, der bei der Herbeiführung des Streiks nicht beteiligt war, hat in Flugschriften eifrig für dessen Durchführung gewirkt. Sogar mit der Sozialdemokratischen Partei hatten sich unsere Genossen in Verbindung gesetzt. Ich hatte vergeblich vor einer Herbeiziehung Friedrich Eberts gewarnt. Die SPD-Führung gab zunächst dem Drängen ihrer eigenen Parteigenossen auf Beteiligung an dem Streik nach. Aus den Eingeständnissen der Ebert, Scheidemann, Noske und Heine in dem sogenannten Dolchstoß-Prozeß 1924 geht aber deutlich hervor,

daß sie an dem Streik sich nur beteiligt haben, um ihn abzuwürgen.

Hat doch der Rechtsanwalt Heine damals in seinem Schlußwort ausdrücklich erklärt:

„Um die Revolution zu verhindern, war Ebert mit seinen Freunden in die Streikleitung eingetreten. Das ist kein Landesverrat anderer zu verhindern, Landesverrat anderer zu verhindern sucht."

Zum 28. Januar 1918 waren nach dem Humboldthain und dem Treptower Park große Volksversammlungen einberufen. Ich sollte im Humboldthain sprechen. Als wir dort durch Polizei auseinandergetrieben wurden, sammelte sich eine Schar von Genossen, mit denen ich nach dem Wedding zog, wo ich in einem Lokal meine Ansprache dennoch gehalten habe. Im Treptower Park sollte für uns Dittmann, für die SPD Friedrich Ebert sprechen. Als sie sprachen, tauchten plötzlich eGndarmen auf. Treptow gehörte nämlich damals noch nicht zu dem Polizei-Bezirk Berlin, sondern zum Kreis Niederbarnim. Als sie sichtbar wurden, verduftete Ebert schleunigst. Dittmann aber wurde gefaßt und dann wegen Landesverrat zu zwei Jahren Festung verurteilt.

(Weitere Artikel folgen.)

Wirtschaft und Arbeit

Zur Politik des hungrigen Magens

Von

Siegfried Wagner.

Nicht mit Lügenberichten und Verleumdungen, wie es leider im gegenwärtigen Moment unsere ehemaligen Genossen aus der SPD gegenüber den sogenannten „Spaltern" ausgiebig tun, wollen wir gegen den politischen Gegner und für unsere Ziele kämpfen, sondern mit den scharfen Waffen sachlicher geistiger Argumentation. Es kommt uns nicht darauf an, die Arbeiter zu beeinflussen, sondern sie sollen von der Folgerichtigkeit unserer Beweisführung überzeugt werden. In diesem Sinne sind die folgenden Zeilen geschrieben.

Im politischen Meinungskampf innerhalb der SPD hat die reformistische Mehrheit sehr oft mit recht wenig stichhaltigen Argumenten gegen die revolutionäre Opposition gekämpft, so daß wir diese Argumente gerade umkehren können als Waffe gegen den Reformismus.

Die rechten Führer der SPD behaupten, daß sie sich niemals von Gefühlen leiten lassen, sondern im Gegenteil auf dem Boden der Tatsachen stehen und ihr politisches Handeln abhängig machen von nur rein verstandesmäßigen Erwägungen. Dabei benutzen sie jedoch einen derartigen Aufwand von Gefühl und Stimmungsmache für ihre Beweisführung, daß man nicht selten ihre politische Beeinflussung der Massen als übelste Damogogie bezeichnen kann. So z. B., wenn ein sächsischer Reichstagsabgeordneter behauptet, die SPD wolle nicht die Politik des hungrigen Magens machen, sondern nur die Politik der Vernunft. Nun kann man zwar darüber streiten, was vernünftig und was unvernünftig sei, aber dieser Streit ist letzten Endes doch recht zwecklos. Wesentlich ist aber die Widerlegung der Argumentation selbst.

Politik des hungrigen Magens ist Rebellion der Millionen Arbeitslosen, denen das Elend aus den Augen schaut, die mit jedem erneuten Abbau der Unterstützungssätze den Riemen enger um den Leib schnallen müssen. Politik des hungrigen Magens ist die Rebellion der Betriebsarbeiter und der Angestellten, deren Lebensexistenz mit jedem erneuten Lohn- und Gehaltsabbau, mit unaufhaltsam steigenden Erwerbslosenziffern auf immer unsichere Basis gestellt ist. Politik des hungrigen Magens ist schließlich die spontane Erhebung der Arbeitermassen, die zur revolutionären Beseitigung eines anarchischen Wirtschaftssystems für die Errichtung einer auf sozialer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung ruhenden Gesellschaftsordnung kämpfen. Wehe der Partei, die sich noch Arbeiterpartei nennt, die dieser Politik des hungrigen Magens nicht Rechnung trägt! Rücksichtslos wird das revolutionäre Proletariat über sie hinwegschreiten, wenn das Signal zum letzten Gefecht ertönt. Dann wird die Politik staatsbürgerlicher Vernunft, die vielleicht gar eine Politik der satten Bäuche ist, am Ende ihres Lateins sein.

Die Nichtachtung und Verneinung der Politik des hungrigen Magens ist innerhalb der ehemals revolutionären Sozialdemokratie Mode geworden. Es gehört zum guten Ton in der SPD, die bürgerliche Ideologie in ihre politische Argumentation aufzunehmen. Nur so ist es auch verständlich, daß die SPD sich nur gering um das erwerbslose Proletariat kümmert, daß sich der Erwerbslose ebenso wie in den Gewerkschaften ausgeschlossen fühlen muß aus der Gemeinschaft der Arbeitenden, insofern er nicht das Menschenmaterial für kommunistische Putschversuche darstellt. Nach Meinung der sozialdemokratischen Mehrheit soll der Erwerbslose derjenige sein, der infolge seines materiellen Elends auch geistig verelendet und demzufolge die Fähigkeit nüchternen Denkens und ruhiger Betrachtung politischer Situationen verliert, also unbrauchbar ist für den politischen Kampf der SPD. So ist es durchaus zu verstehen, daß ein maßgebender Dresdener Parteisekretär bei einer politischen Auseinandersetzung zwischen einer großen Anzahl Erwerbsloser und ihm in einer sozialdemokratischen Erwerbslosenversammlung äußerte, daß es der SPD nicht auf ein paar tausend Arbeitsloser ankommt, daß z. B. ein politisches Willensbekenntnis erwerbsloser Sozialdemokraten gegen die politische Meinung der Mehrheitssozialdemokratie den Bruch mit der SPD bedeutet.

Es soll der SAP nicht darauf ankommen, der SPD in dieser Hinsicht Hindernisse auf ihren Weg zu bauen. Schließlich haben es deren Sekretäre vor ihrer Partei selbst zu verantworten, wenn dieser Bruch tatsächlich entsteht und zum Austritt Tausender erwerbsloser Proletarier aus der SPD führt. Die SAP darf dann nur auf einen ungeheuren Zuwachs von Mitgliedern rechnen, weil sie ja die Erwerbslosen als politischen Faktor innerhalb des proletarischen Klassenkampfes erkennt und daraus auch die notwendigen Konsequenzen ziehen wird. Es kommt darauf an, die Millionen Arbeitslosen in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen, sie zu schulen und zu aktivieren, sie geistig fähig zu machen für den Kampf um das Ziel des Sozialismus, das jedem klassenbewußten Proletarier in der Sehnsucht seines Herzens brennt. Der Arbeitslose muß gerettet werden aus Niedergeschlagenheit und geistiger Dumpfheit, ihm gilt es vor Augen zu führen, daß nur die Befreiung der Arbeiterklasse aus sozialer und individueller Knechtung in der Beseitigung des Kapitalismus liegt. Und wenn dann die Politik des hungrigen Magens bestimmender politischer Faktor wird, wenn die Arbeiterklasse von der individuellen Rebellion zur Klassenrevolution schreitet, dann wird nur die revolutionäre Partei, die die Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit praktisch durch ihren bisherigen politischen Kampf und die geistige Klärung in den Arbeiterköpfen vorbereitet hat, dann wird diese Partei die Führung der revolutionären Massen übernehmen. Über alle anderen Parteien, die in den entscheidenden Tagen indifferent abseits stehen oder sich gar offen zum Faschismus, zur monopolkapitalistischen Diktatur bekennen, wird das Proletariat den Stab brechen. Die Diktatur der Arbeiterklasse wird auch diese halbbürgerlichen Elemente zu beherrschen wissen, um den Sieg des Proletariats sicherzustellen.

Aufgabe der SAP ist, in Erkenntnis dieser elementaren Grundbegriffe des proletarischen Klassenkampfes den einzigen Weg zu wählen, den eine revolutionäre Arbeiterpartei überhaupt nur wählen kann. Dieser Weg ist der Weg des Proletariats über die proletarische Revolution zur proletarischen Diktatur, die ja nur der Niederhaltung der besiegten kapitalistischen Klasse und ihrer faschistischen Helfer dient. Während der proletarischen Diktatur der Prozeß der Umgestaltung der Produktionsweise von der kapitalistischen zur sozialistischen sich vollenden, um schließlich mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine jegliche Ausbeutung von Menschen durch Menschen unmöglich machen. Dann ist es vielleicht zweckmäßig, über Vernunft und Unsinn gegenwärtiger Politik zu diskutieren. Aber während der Epoche gewaltiger revolutionärer Umwälzungen wird die Politik des hungrigen Magens gesellschaftliche, geschichtlich bedingte Tatsache sein. Alle Illusionen bürgerlicher Demokratie, die schon längst monopolkapitalistische Diktatur geworden ist, muß eine revolutionäre Arbeiterpartei wie Spinnweben von den Augen der Proletarier reißen, wenn sie überhaupt noch ihre Existenzberechtigung beweisen will.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet ist das Ziel der SAP: „Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bougeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat!" Erfüllt die SAP diesen Zweck, dann wird sie niemals hangend und bangend zwischen KPD und SPD schweben, sondern neben Reformismus und Opportunismus als wahrhaft revolutionäre Partei bestehen. Im Moment revolutionärer Entscheidung wird sie die revolutionäre Arbeiterschaft in geschlossener Front zu sammeln wissen.

Rußlands Getreideernte

Noch immer ist die Getreideernte mit ihren von Klima und Zufälligkeiten abhängigen, dem „Plan" ununterworfenen Bedingungen eine Schicksalsfrage der russischen Wirtschaft. Unvorhergesehene Ernteausfälle können den ganzen Plan über den Haufen rennen und den Aufbau hemmen.

Noch immer liegen über den diesjährigen Ernteertrag unzureichende Zahlenangaben nicht vor. Es ist noch keine Uebersicht, auch nicht aus den amtlichen Angaben, zu gewinnen, wieweit die diesjährige Dürre und die geringe Bereitwilligkeit zur Getreideablieferung die staatliche Getreideaufbringung beeinflußt hat. Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Molotow, hat auf einer Konferenz von Sachverständigen gegen die zweifellos übertriebenen Gerüchte über das Mißlingen der diesjährigen Getreidekampagne mit folgenden Worten Stellung genommen: „Das Jahr 1931 hat in einer Reihe von südöstlichen Bezirken große Dürre gebracht. Einige Millionen Hektar sind mehr oder weniger schwer beschädigt worden, und der hierdurch entstandene Verlust erreicht einige Hundert Millionen Pud (1 Pud gleich 16,4 kg). Trotzdem aber ist das Getreideernteergebnis dieses Jahres nicht schlechter als das des Vorjahres, was dem Umstande zu verdanken ist, daß die Kollektivwirtschaft und die staatlichen Getreidegüter ausgebaut worden sind. Trotz der Dürre ist die Herbstaussaat dieses Jahres größer als die von 1930. Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß die Saatfläche der Frühjahrsbestellung von 1932 größer sein wird als die von 1931. Der Gang der Getreideaufbringung dieses Jahres beweist gleichfalls, daß wir mit Erfolg unseren Aufbringungsplan durchführen. Wir haben bereits mehr Getreide bereitgestellt als in der entsprechenden Zeit des vergangenen Jahres. Wir zweifeln nicht daran, daß der diesjährige Plan, der gegenüber dem vorjährigen erweitert worden ist, im vollen Umfange eingehalten werden kann."

Die Kollektivierung der bäuerlichen Einzelbetriebe hat etwa 57 Proz. aller bäuerlichen Wirtschaften erfaßt. Es ist nicht zuletzt diesen Sozialisierungstendenzen in der Landwirtschaft zu verdanken, wenn es in den beiden letzten Jahren gelungen ist, die Anbaufläche um 18 Millionen Hektar zu steigern. Schon 1930 haben die Kollektivbetriebe mehr Getreide zur staatlichen Aufbringung zugeführt, als die Grundbesitzer in der Vorkriegszeit zum Markt brachten.

Indessen hat die Sowjetregierung zweifellos mit Widerständen gegen die Ablieferung des Getreides zu rechnen. Die Kollektiven haben ein Interesse daran, recht große Vorräte für den eigenen Verbrauch und für die Aussaat zu behalten. Der große Verbrauchsbedarf ist nicht zuletzt darin begründet, daß in den Kollektiven eine große Menge Menschen sich aufhält, die zur landwirtschaftlichen Produktion an sich gar nicht gebraucht wird, die also nur den Konsum belasten, ohne die Produktion zu stärken.

Auf der anderen Seite hungert die russische Industrie nach brauchbaren Arbeitskräften. Nach einem Voranschlag des Arbeitskommissariats über den Bedarf an Arbeitskräften während des 4. Quartals sind insgesamt 2 391 800 notwendig, wovon 2 168 000 aus der Landwirtschaft herausgezogen werden sollen.

So leicht es an sich der Landwirtschaft fallen würde, diese überflüssigen Arbeitskräfte zu liefern, so groß die Entlastung der Kollektiven von überflüssigen Essern und so förderlich für die Getreideauflieferung dieser Abzug der Arbeitskräfte auch wäre, so schwierig ist doch das Problem der Umschulung dieser Arbeitskräfte selbst.

Hinter den Kulissen . . .

Wenn ein kapitalistisches Unternehmen zusammenbricht, bestellt das von dieser ja nicht ungewöhnlichen Tatsache benachrichtigte Gericht bekanntlich einen Konkursverwalter. Dieser Beruf des Konkursverwalters ist heute, speziell in den Großstädten, zu einer ungewöhnlich einträglichen Verdienstquelle für einen auserwählten Kreis von „Fachleuten" geworden. Man denke nicht, die Gerichte würden gleichmäßig die Aufträge, die ja stets recht gut honoriert werden, verteilen. Ganz im Gegenteil: größere Objekte fallen immer wieder an dieselben stadtbekannten Kommerzien- und sonstigen Räte, die mit der entsprechenden Anzahl von Hilfskräften, über deren Bezahlung man weniger genau unterrichtet ist, dann in kapitalistischem Großbetrieb zu retten suchen, was geht. Wenn man daran denkt, daß die Lahusens zusammen nicht imstande waren, einen Konzern wie Nordwolle sachgemäß zu leiten und zu verwalten, so muß man sich ehrlich wundern, daß heute ein einziger Konkursverwalter mit weit größeren Vollmachten als der frühere Lahusen-Vorstand die Abwicklung in Händen hat; wie verlautet, zu einem Honorar, das angeblich zwei Prozent des Objektes oder: eine siebenstellige Zahl beträgt. Es sollte uns nicht wundern, wenn eines Tages nach dem Nordwolle-Skandal, der Tausende von Arbeitern aus teilweise innerlich gesunden Betrieben auf die Straße gesetzt hat, noch ein Zusammenbruch der Konkursverwaltung eintritt. Im Interesse der Arbeiterschaft, die letzten Endes ja doch die Kosten verfehlter Unternehmerpolitik zu tragen hat, wäre dringend erforderlich, daß hier eine stärkere Kontrolle der absoluten Diktatur von Konkursverwaltern Platz greift.

Kürzlich hat man einen neuen Beruf geschaffen, der gewissermaßen die Vorstufe des Konkursverwalters bedeutet: den Wirtschaftsprüfer. Das sind auf Grund einer Prüfung angeblich besonders qualifizierte „Persönlichkeiten" (diese Qualifikation erfordert ein Mindestalter von 30 Jahren!), die die Aktiengesellschaften revidieren sollen, also im Grunde dieselbe Arbeit leisten werden, wie die besseren Bücherrevisoren, die sich sowieso, wenn sie pflichtbewußt handelten, nicht auf die Kontrolle von Additionen und Subtraktionen beschränkten. All das trägt wiederum nur zu neuer Verschleierung bei. Die Aktienrechtsnovelle mit ihrer sehr vernünftigen Forderung nach weitestgehender Publizität wird mit Hilfe der Wirtschaftsprüfer und auf Grund der Ausnahmebestimmungen sehr schnell durchlöchert sein; wir glauben nicht, daß viele Unternehmen die vorgesehene ausführliche Publizität überhaupt vornehmen werden. Es gibt ja auch hier genug Hintertüren . . .

Sportschau der SAZ

Baden und Schwimmen im Winter

Bringt man gelegentlich das Gespräch auf den Schwimmsport im Winter, so kann man immer hören, wie gefährlich das Baden in der kalten Jahreszeit sein soll. Wohl immer sind die vorgebrachten Gründe gänzlich unzutreffend, und nur aus einer gewissen Willensschwäche ist die Tatsache herzuleiten, daß den meisten Menschen der Trieb nach einem erfrischenden, kalten Bade außerhalb der heißen Sommertage gänzlich verloren geht. Vor allem die Furcht vor einer „Erkältung" hält die meisten dem Schwimmbade fern. Wie verkehrt das ist und gerade die ungenügende Abhärtung ständige Erkältung und „Sichkrankfühlen" nach sich zieht, kann jeder bestätigen, der auch im Winter seinen Wassersport betreibt.

Vielen läuft geradezu eine Gänsehaut über, wenn sie auch nur an das kalte Wasser denken. Dabei ist diese Vorstellung gänzlich abwegig; denn die Schwimmhallen sind „mollig" geheizt, im richtigen Verhältnis zur Temperatur des Schwimmbades. Nur scheinbar ist die Temperatur des Wasser im Winter niedriger; denn sie ist mit 19 Grad im Durchschnitt immer noch höher, als im Sommer.

Vor allem, ständige und kräftige Bewegung im Schwimmbad. Nie das kalte Bad, sondern das zu lange Herumstehen mit aufkommendem Frostgefühl bewirkt die Erkältung. Freiübungen am Bassinrand sind sehr zu empfehlen. Kräftiges Frottieren des Körpers und, wenn Gelegenheit dazu ist, zweckmäßige Massage nach dem Bade steigern den an sich trägen Blutkreislauf und bewirken einen regeren Stoffwechsel. Gehört man einem Schwimmverein an und wird die Uebungsstunde regelmäßig besucht, dann wird mit der Zeit das Schwimmbad zu einem unentbehrlichen Bedürfnis, und die so bewirkte Abhärtung des Körpers beschränkt die Möglichkeit der Erkältung und des Krankwerdens auf ein Minimum.

Welch ein Hochgefühl gesteigerter Lebensfreude ist es, wenn man nach der Uebungsstunde durch die winterliche Abendluft seinem Heim zustrebt. Ein angenehmes Wohlgefühl überrieselt den Körper, und nicht nur die Lungen, auch sämtliche Hautporen trinken sich satt an der ozonreichen Winterluft.

Für den Arbeiter der Hand des Kopfes sollte es daher keine Frage darüber geben, ob er Schwimmsport treiben soll; denn Schwimmen vermittelt ihm ja demnach die Voraussetzungen zur Erhaltung seiner Arbeitskraft im stärksten Maße. Auch, in welchem Verein er die Uebungsstunde besucht, dürfte eigentlich keine Frage sein: Nur in einem Arbeiterschwimmverein. Dort findet er genügend Gelegenheit, die Kunst des Schwimmens zu erlernen. Dort wird er nicht zurückgesetzt vor irgendwelchen „Kanonen". Er kann sich mit gleichgesinnten Gefährten über die Lage seiner Klasse und die Möglichkeiten zu ihrem Aufstieg unterhalten, ohne sich als begehrlichen Proletarier von verbohrten Spießbürgern über die Schulter ansehen zu lassen.

Eine günstige Gelegenheit ist im Winter auch für Nichtschwimmer und Schwimmschüler gegeben. Können sie doch in der schwächer besuchten Schwimmstunde viel intensiver von den Funktionären in die Schwimmkunst eingeführt werden, als zur Sommerszeit in dem meist überfüllten Badebetrieb. Wer noch nicht die Schwimmerei beherrscht, sollte dann nicht erst im Sommer mit dem Unterricht beginnen, sondern die günstigere Möglichkeit in der „stilleren" Zeit benutzen.

Schritt um Schritt im Wintergarten

Am 15. November werden zum ersten Male auf der weltberühmten Bühne des Wintergartens Arbeitersportler mit Darbietungen aufwarten, die dieser Stätte entsprechend bestimmt das Interesse weitester Kreise erwecken werden. Der größte Verein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, die Freie Turnerschaft Groß-Berlin, wird unter dem Motto: „Schritt um Schritt" neuzeitliche Festkultur bringen, die dem inneren Erleben und dem Kampfeswillen des Proletariats entsprechen wird. Die Mitwirkung des durch seine Leistungen bekannten Musikcorps des Vereins bietet die Möglichkeit, dem Rhythmus der Musik auch durch die Masse lebendigen Ausdruck zu verleihen. Aus den einfachsten Anfängen heraus werden bis zur Vollendung im chorischen Gebilde die Gestaltungsmöglichkeiten der Leibesübungen demonstriert werden.

Wenn trotzdem der Eintrittspreis nur auf 0,75 Mark festgesetzt ist, so aus dem Grunde, um weitesten Bevölkerungskreisen die Teilnahme zu ermöglichen. Der Beginn dieser Veranstaltung ist auf 11.15 Uhr festgesetzt. Karten sind zu haben bei den Funktionären des Vereins oder in der Geschäftsstelle, Berlin NO 18, Lichtenberger Straße 3, Telephon E 3 Königstadt 3656.

Breslau

Freie Kanuvereinigung Breslau

Freitag, 20 Uhr, bei Ubanke, Margaretenstraße. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Wer sich an der Weihnachtsfahrt beteiligen will, muß das bis zur Versammlung gemeldet haben.

1. Männer-Abteilung FTB

Sämtliche Genossen der Abteilung, die an der 30-Jahrfeier am 14. November teilnehmen wollen, müssen sich bis Freitag Eintrittskarten beim Kassierer besorgen. Ohne Eintrittskarten keinen Zutritt, da geschlossene Gesellschaft.

Lokalblatt der SAZ

A

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

Politik in Moabit

Der Kommunist muß ins Gefängnis

2. Juni 1931. Münzstraße.

Die Straße schwarz von Menschen, Geschrei, Gesang. Flitzwagen brausen heran, hart knallen die Stiefel abspringender Polizisten auf dem Pflaster. „Auseinandergehen!" Die Sipo geht vor.

Am 11. November fand vor dem Einzelrichter Berlin-Mitte die Verhandlung gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Grasse statt, der angeklagt war, an dieser kommunistischen Demonstration teilgenommen und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet zu haben.

Jener Demonstrationszug war trotz des damals bestehenden Demonstrationsverbotes spontan von kommunistischen Arbeitern formiert worden. Die Polizei wurde eingesetzt, registrierte die üblichen provozierenden Zwischenrufe aus der Menge, die leider niemals fehlen: „Bluthunde!" — und anderes mehr. Und dann kam der Sturmangriff mit dem Gummiknüppel, der in die Ecken jagte, was nicht liegen blieb.

Der Angeklagte geriet, aus seinem Büro kommend, an jenem Abend mitten in den Straßenkampf. Er sah, wie aufgeregte Polizisten die Treibjagd mitten in den Straßenverkehr hinein fortsetzten, sah, wie einer der jugendlichen Demonstranten — vielleicht nicht einmal Demonstrant — von den Knüppeln gehetzt, jeden Augenblick unter den Rädern eines Kraftwagens zu enden drohte.

Der Abgeordnete lief über die Straße. Sprang zwischen den Knüppel und sein Opfer, rief den Verfolgern zu, abzulassen. Die Folge: in der Sekunde wenden die Knüppel, sausen gegen das neue Hindernis.

Und da hob der Angeklagte seine Arme, deckte Kopf und Gesicht vor den Hieben der Gummipeitsche, — das war das Vergehen eines deutschen Staatsbürgers gegen die Staatsgewalt, die ja bekanntlich zum Schutz der Staatsbürger vorhanden ist und in Ausübung dieser Tätigkeit natürlich nicht gehindert werden darf . . .

Die Beamten kreisten ihr Opfer ein, eskortierten es nach dem Polizeilastwagen; der Alex verschlang seinen Gefangenen.

*

Die Polizeibeamten bekunden — selbstverständlich —, daß das Vorgehen des Angeklagten die öffentliche Sicherheit aufs schwerste gefährdet habe. Er habe die Menge aufgefordert, stehen zu bleiben, habe den Gummiknüppel eines vorgehenden Beamten ergriffen und wegzunehmen versucht und habe schließlich seiner Verhaftung starken Widerstand entgegengesetzt.

Und da die Beamten es sagen, die es ja wissen müssen, entspricht das Gericht dem Antrag des Staatsanwaltschaftsrates:

Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufforderung zum Ungehorsam: 7 Wochen Gefängnis.

— aber Goebbels wird freigesprochen

Am 18. Januar hielt an der Technischen Hochschule Prof. Riebensahm die Festrede zur Reichsgründungsfeier. Goebbelchens junge Leute verteilten dazu Flugblätter der Konkurrenz: „Kommilitionen, macht nicht mit, tretet Hitlers SA bei!" Und um die Zugkraft Prof. Riebensahms entscheidend zu untergraben, bezeichnete man ihn als „Sohn des Getreidejuden Chaim Riebensahm aus Konigsberg . . ."

Die Fähigkeit der Gobbelianer im Erfinden von jüdischen Stammbäumen ist ja bekanntlich unbestritten.

Riebensahm klagte auf Beleidigung gegen den verantwortlichen Goebbels, der seinerzeit 5000 Mark Geldstrafe für den „Getreidejuden" ausgeben mußte.

Nun schlagen sie sich in der Berufungsinstanz herum: Der Mann mit dem jüdischen Namen und dem — nachgewiesen! — arischen Stammbaum, und der Mann mit dem jüdischen Aussehen und der — nachgewiesen! — arischen — — Weltanschauung.

Die Strafkammer sprach Goebbels nunmehr frei — — es bestände die Möglichkeit, daß man mit seinem Namen Mißbrauch getrieben habe.

Hm. Auch das kommt vor. Für gewöhnlich treibt Goebbels lieber mit anderen Namen Mißbrauch . . . .

Sportsmann Sakolowski

Nachdem sich die Wogen der Erregung in der Dienstagverhandlung des Sklarek-Prozesses nach der Entfernung des Bürgermeisters Kohl aus dem Sitzungssaal einigermaßen geglättet hatten, verlas der Vorsitzende einen **Brief des demokratischen Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten Merten, der angeblich Max Sklarek zum Reichstagskandidaten machen wollte und dafür den Gegenwert von 10 000 M. empfangen haben soll.** Merten behauptet, einen „wesentlich geringeren Betrag" nicht für sich persönlich, sondern „für den Wahlfonds der Demokratischen Partei" erhalten zu haben. Leo Sklarek quittierte die letzte Bekundung mit einem „Hört, hört!" In der Tat war Herr Merten vorsichtig genug, die empfangene Summe nicht zu beziffern.

R.-A. Kurtzig, der Verteidiger Gäbels, führte dann zur Begründung seines Antrages, die berühmte schwarze Kladde Kieburgs zum Gegenstand der Verhandlung zu machen und Böß, Scholz und andere führende Beamte zu laden, ein Urteil des Landgericht I im Prozeß Frei—Reuter an, zum Beweis dafür, daß Kieburg führende städtische Beamte bevorzugt bedient habe. Im Urteil heißt es, daß die Konten der schwarzen Kladde richtig wiedergegeben worden sind, daß keine Belege und keine Kontrolle über den Ausgleich der Konten geführt wurden und Kieburg zweifellos **führende städtische Beamte und einflußreiche Kreise mit den Lieferungen aus der KVG und BAG für sich gewinnen wollte.**

Das Gericht behält sich Beschlußfassung vor.

Zu heiteren Szenen kommt es bei der Vernehmung des Angeklagten Sakolowski:

Vorsitzender: Haben Sie Ihre Garderobe bei Sklareks bezogen?

Angeklagter: Jawohl, ich war schon früher Kunde der KVG.

Vorsitzender: Hat sich an Ihren Bestellungen bei der KVG nach deren Uebernahme durch die Sklareks etwas verändert?

Angeklagter: Ja, wir bekamen bequemere Teilzahlungen.

Vorsitzender: Mit Teilzahlungen meinten Sie wohl: den einen Teil bezahlt man und den anderen nicht. (Große Heiterkeit.) Sie haben 50 M. pro Anzug bezahlt?

Angeklagter: Max Sklarek bot mir diesen Preis an; er meinte: „Bei mir kaufen soviel hohe Herren, der Oberburgermeister Böß und Stadtrat Schüning, Anzüge zu 50 Mark, da sollen Sie auch diesen Preis haben."

Vorsitzender: Nun, haben Sie sich bei dem Angebot nichts gedacht?

Angeklagter: Max Sklarek hat sich wiederholt bei mir anbiedern wollen, er hat mich u. a. auch zum Skat eingeladen, zu einem Skat zu fünfen: Ministerpräsident Hirsch, Stadtrat Schüning, Schalldach, Max Sklarek, ich sollte der fünfte sein.

Vorsitzender: Leo, wie stellen Sie sich die Sache vor?

Leo: Wie ich meinen Bruder kenne, hätte er Sakolowski zu diesem Skat bestimmt nicht eingeladen, noch nicht einmal zum „Klebitzen". (Schallende Heiterkeit.)

RA. Hildebrandt: War der Anzug des Herrn Sakolowski unter dem Herstellungspreis geliefert?

Willi Sklarek: Durchaus nicht, Herr Sakolowski war nicht verwöhnt und bekam keine englischen, sondern Kottbuser und Forster Anzüge mit fliegender Anprobe. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Aber wenn er schlecht sitzt, war das doch für Sie schlechte Reklame? (Erneute Heiterkeit.) War Sakolowski mal bei Ihnen im Konto glatt?

Willi: Das war nicht mein Ressort.

Vorsitzender: Der Gedanke lag Ihnen wohl auch sehr fern, daß jemand glatt war. (Heiterkeit.)

Die Vernehmung wendet sich dann den Wettgeschäften zwischen Willi Sklarek und Sakolowski zu. Es kommt zur Sprache, daß auf die Namen „Gabriel" und „Salomon" (die Decknamen für Gäbel und Sakolowski) 9000 Mark Renngewinne ausgezahlt wurden. Sakolowski will nur einige hundert Mark erhalten haben. Willi gibt an, daß unter den Decknamen Salomon und Gabriel die genannten „Spesen" gebucht wurden, also die Rennwetten für den halben Magistrat.

Willi: Bei uns wehte eben Stallluft, wir waren passionierte Sportsleute, ganz Berlin mußten wir Tips geben.

Vorsitzender: Aber Herr Sakolowski macht doch nicht den Eindruck eines begeisterten Sportsmannes. (Heiterkeit.) Er sieht so aus, als ob er kaum wüßte, daß ein Pferd vier Beine hat.

Angeklagter: Doch, ich war bei der Artillerie. (Große Heiterkeit.)

Bevor die Verhandlung auf Donnerstag vertagt wird, wird Sakolowski noch von Lehmann belastet, der aber konkrete, positive Tatsachen nicht vorbringen kann.

Donnerstag wird der Fall Gaebel verhandelt werden.

Fernsprech-Selbstanschlußbetrieb Hermsdorf

In der Nacht zum 6. Dezember wird der Selbstanschlußbetrieb Hermsdorf mit dem Rufzeichen D 7 in Betrieb genommen. Er übernimmt einen Teil der Anschlüsse der Vermittlungsstelle Tegel. Es empfiehlt sich, vor jedem Anruf eines Teilnehmers der Vermittlungsstelle Tegel im Fernsprechbuch nachzusehen, ob der Teilnehmer etwa zur Vermittlungsstelle Hermsdorf umgeschaltet worden ist.

Mord in Moabit

Im Hause Stephanstr. 19 wurde Mittwoch vormittag 11 Uhr, eine Frau Marie Schimmelpfennig in der Küche ihrer Wohnung mit einem Messerstich im rechten Auge, durch den auch das Gehirn verletzt wurde, tot aufgefunden. Wie die Mordkommission festgestellt hat, ist Frau Schimmelpfennig von dem 21jährigen Arbeitslosen Kurt Thieme aus der Togo-Straße 20 getötet worden. Thieme ist ein Neffe der Ermordeten. Der Name des Täters wurde dadurch so schnell ermittelt, daß man unter dem Körper der Frau Schimmelpfennig ein Spiegeltäschchen gefunden hat, das Thieme gehörte. Außer einem Geldbetrag von knapp 200 Mark werden noch eine silberne Uhr und eine lange goldene Kette vermißt. Die Ermittlungen nach dem Täter sind im Gange.

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen ist der Reserve-Lokomotivführer August Vietzke aus Reinickendorf. Er wurde auf dem Bahnhof Gesundbrunnen von einem Zug tödlich überfahren.

Versammlungskalender

Aktionsbezirk Berlin-Nord der SAP: Donnerstag, 12. 11., 20 Uhr, Aktionsbezirksfunktionärversammlung im Heim, Lehrter Str. 18/19. Thema: Stellungnahme zur Bezirkskonferenz.

Sportfunktionäre der SAP: Zusammenkunft zu einer Besprechung Sonnabend, den 21. November, 15 Uhr, in der Prenzlauer Allee 34, 3. Hof 2 Treppen.

Freie Spielleute Neukölln: Uebungsstunde jeden Dienstag, von 20—22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24. Interessenten für Trommel, Flöte, Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet.

Prenzlauer Arbeitersänger: Sonnabend, den 14. Nov., Liederabend bei Freitag. Beginn 20 Uhr.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof II. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Donnerstag, den 12. November, 19.30 Uhr.

Unterbezirk Friedrichshain: Jugendheim Eberty-straße 12. Mitgliederversammlung. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Mitte-Süd: Jugendheim, Waisenstr. 18, Bericht über Rußland.

Westend: Heim, Sportplatz. Heimabend.

Moabit: Heim Lehrter Str. 18/19, Prof. Wehrhaftigkeit.

Charlottenburg-Mitte: Organisationsproblem des Bolschewismus.

Mitte Nord Ernst Toller: Heim, Elisabethkirchstraße 19 (Schule). Was wollen wir von der USPD übernehmen. Geschichtlicher Ueberblick.

Spieltrupp „Roter Sturm": Donnerstag, Jugendheim Marienfelde, Berliner Str. 1.

Mitteilungen der BL.

Zentraler Kursus: Montag, den 16. November, Heim, Prenzlauer Allee 34. Einführung in den Marxismus. Genosse Fabian.

Referenten-Kursus: Alle Genossinnen und Genossen, die sich beteiligen wollen, senden ihre Adresse an Gen. Willy Kreikmann.

Die EBL-Sitzung findet am Sonnabend, den 14. 11., 18 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34, statt.

Die roten Falken

Arbeitsgemeinschaft „Die Roten Falken". Sekretariat Prenzlauer Allee 34.

Matteotti-Ballenplatz: Heim, Tilsiter Str. 17, 18 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Nazitreibereien an der technischen Hochschule

Während die faschistischen Studentenhaufen der Berliner und anderer Universitäten durch Randalieren und Schlägereien immer wieder die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit erregten, ist die Technische Hochschule bisher von Szenen dieser Art verschont geblieben. Wenn es im letzten Semester dem verschiedentlichen Eingreifen des Rektors sowie einer gewissen sachlichen Ruhe der Mehrzahl der technischen Studenten, denen Arbeit immer noch vor Radau geht, gelang, einen ungestörten Betrieb aufrecht zu erhalten, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß im bevorstehenden Winter die nationalsozialistischen Studenten auch auf der Technischen Hochschule versuchen werden, in bekannter Weise zu provozieren.

Die 60 bis 80 SA-Leute, über die der Nationalsozialistische Studentenbund an der T. H. verfügt, sind bisher zu größeren Aktionen nur außerhalb der T. H. eingesetzt worden. So wurden sie bei den Krawallen an der Universität dorthin kommandiert, und bei der Mäuse-Aktion am Nollendorfplatz konnte man diese zukünftigen Führer des Volkes auf der Straße Reden halten hören, die an Blutrünstigkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

Im übrigen haben sie sich vor einiger Zeit ein Bravourstück deutscher Kulturarbeit geleistet, das trotz des Ernstes der Situation so lächerlich ist, daß es der Oeffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden soll.

Erscheint da eines schönen Morgens um 10 Uhr der gesamte Nationalsozialistische Studentenbund im Lichthof der Hochschule, wo sonst die Verbindungen ihre Zusammenkünfte abhalten, stellt sich in großem Kreise auf, und auf Kommando zieht die ganze Gesellschaft — zum Protest gegen das Uniformverbot — ihre Jacken aus und wirft sie auf einen großen Haufen in der Mitte. So standen sie dann als Märtyrer ihres Glaubens 15 Minuten im deutschen Hemd, und ringsherum auf den Galerien des ersten und zweiten Stockwerks stauten sich ihre staunenden Zeit- und Studiengenossen, von denen sich mancher seine eigenen Gedanken über dieses Theater gemacht haben wird.

Denn ein großer Teil gerade der T. H.-Studenten steht heute noch dem Treiben der Nazis sehr skeptisch gegenüber; es gibt viele, die ernsthaft einen neuen Weg suchen, die aber noch nicht so weit sind, daß sie den Anschluß an das kämpfende Proletariat finden. Ihre propagandistische Erfassung erfolgt großenteils durch die sogenannte Großdeutsche Studentenschaft, die jedoch vollkommen von den Nazis beherrscht wird, nach außen hin aber als neutrale, nationale Organisation auftritt. Wie diese Neutralität aussieht, das beweist am besten ihr Organ, das Charlottenburger Studentenblatt, in dem Artikel von Kr. v. Lurs und anderen Nationalsozialisten abgedruckt werden und das mit Aussprüchen von Hitler, Goebbels usf. verziert ist.

Die in den freiheitlichen und sozialistischen Gruppen organisierten Studenten werden im kommenden Winter, wenn eines Tages die Maske der faschistischen Legalität fallen wird, noch mehr als bisher zusammenstehen müssen, um jeden Angriff abzuwehren. Besonders der sozialistischen Studentengruppe, deren Mehrheit entschlossen auf der Seite des revolutionären Sozialismus steht, wird die Aufgabe zufallen, die Einheitsfront aller Antifaschisten der T. H. zu organisieren.

Aus der Mark

Premnitz

Bezirkskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes. Am Sonntag, den 22. November, treffen sich die Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes in Premnitz im Jugendheim. Beginn der Konferenz um 10 Uhr. Gäste sind willkommen. Referenten: Edith Baumann, Berlin und Meschkat. Thema: Wo steht das Jungproletariat?

Die Generalversammlung der Freidenker bewies, daß auch diese Fronten der Arbeiterbewegung in Premnitz festen Stand hat. Die Zahl der Mitglieder nimmt ständig zu. In den Monaten November, Dezember und Januar wird kein Eintrittsgeld erhoben. Die Kassenverhältnisse der Ortsgruppe sind ausgezeichnet. Zum Vorsitzenden wurde wieder Genosse Büttner gewählt.

Senftenberg

Abgelehnter Abbau. In Senftenberg stand der Abbau der Stelle des Stadtbaurats zur Debatte. Die Stelle sollte eingehen. Mit den SPD-Stimmen wurde der Antrag auf Abbau des Postens abgelehnt. Der Bürgermeister wies auf die bevorstehenden Aufgaben gerade des Bauamtes (Aufstellung eines Bebauungsplanes) hin, die die Erhaltung der Stelle nötig machen.

Guben

Der Magistrat hat den Fehlbetrag des städtischen Etats von 1 031 700 auf 270 000 M. herabgedrückt. Der zweite Bürgermeisterposten ist eingezogen worden, ebenso der Posten des sozialdemokratischen Stadtrats Hänchen. Hänchen hatte das Wohlfahrtsdezernat. Seine 12jährige Dienstzeit läuft im Dezember ab. Der Magistrat hatte Wiederwahl beantragt. Die Versammlung beschloß mit 21 gegen 15 Stimmen, die Stelle abzubauen. Die Bürgersteuer wurde auf das 3½fache erhöht.

Friesack

Das Städtchen steht vor einer Neuwahl des Bürgermeisters. Der augenblickliche Stadtvorstand wird wohl wiedergewählt werden. Nicht uninteressant ist es, daß dieser kleine Ort an der Hamburger Bahn zur Aufnahme für den Film „Schilda" diente.

Salbelang (Westhavelland)

Unbegründeter Mordverdacht. Hier wurde auf dem Friedhof der Nachtwachbeamte erschossen aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß ein Mord vorliegt. Es handelt sich aber um Selbstmord. Die Gründe für den Selbstmord sind unbekannt.

Feuilleton der SAZ

Der „rote" Rundfunk

Randbemerkungen zu der Aktion des Herrn Groener

Groener, des Heiligen Brüningschen Reiches Innenminister, „hält die bestehende Organisation des Rundfunks für eine Unmöglichkeit und wird mit Beschleunigung Schritte unternehmen, um sie zu ändern". Nachdem sein Vertreter im Politischen Ueberwachungsausschuß, Ministerialrat Scholz, Teile im Vortrag des SPD-Redakteurs Höltermann in Magdeburg über „Arbeiterschaft und Staat", eine Gedenkrede zum 9. November, beanstandet hatte, von den beiden Vertretern der Preußischen Regierung dagegen, den Herren Heilmann und Riedel, überstimmt worden war, hatte der kombinierte Reichswehr- und Innenminister einen schriftlichen Protest losgelassen, der aber zu spät im Preußischen Staatsministerium eintraf, um die „staatsgefährliche" Rede verhindern zu können. Sicher hatte sonst, wie wir Herrn Braun kennen . . .

Ein famoser Anlaß für die Rechtspresse, das berühmte: „Wir haben's ja schon immer gesagt" anzustimmen und gegen den „Roten Rundfunk" zu zetern. Wer die Heil- und Höltermanner kennt, Tolerierungs- und Stillhaltepolitiker vom besten Schrot und Korn, der wird sich vorstellen können, wie harmlos diese Gedenkrede in Wirklichkeit ausgefallen ist. Eine Rede, die sich mit dem zufrieden gibt, was am 9. November 1918 von seiten der Parteileitung geschehen ist, kann unmöglich als „revolutionär" bezeichnet werden. Höltermann war vorsichtig genug, allerhand von „Demokratie" und „Republik" zu erzählen, aber recht wenig von „Revolution". Diese deutsche Revolution ist sozusagen in homöopathischen Dosen verabreicht worden. Aber selbst die kann der Reichsinnenminister, der früher einmal als „Demokrat" ausgegeben wurde, nicht mehr vertragen. Die „ganze Richtung" paßt ihm nicht. Der Höltermannsche Vortrag „trägt parteipolitischen Charakter und ist mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen".

Wie steht es nun eigentlich mit diesen „Richtlinien"? Sie laufen darauf hinaus, daß der deutsche Rundfunk „politisch neutral" sein soll: ungeschlechtlich wie nach dem katholischen Dogma die Engel. Tatsächlich ist diese „politische Neutralität" etwas so Ueberirdisches, daß sie in dieser sündigen und traurigen Wirklichkeit gar nicht existieren kann. Oder doch nur in der Form, daß der deutsche Rundfunk von allen revolutionären Bazillen gereinigt wird. Das ist so ziemlich alles, was die Herren Heilmann und Riedel bisher geleistet haben. An Geduld den reaktionären Mächten gegenüber haben sie es bis jetzt nicht fehlen lassen. Darf man ein paar Beispiele nennen?

Die „Skagerrak-Feier" geht nie vorüber, ohne daß ein verflossener Marineoffizier von Wilhelms Gnaden die „heldenhafte deutsche Seemacht" preist. Am 18. Januar wurde nicht allein die Reichsgründungsfeier aus dem Reichstag übertragen, bei der es immerhin noch einigermaßen manierlich, d. h. republikanisch herging, sondern auch der anschließende militärische Rummel im Sportpalast, veranstaltet von den Kriegervereinen unter Mitwirkung zweier historischer Gardekürassiere. Vermutlich sollte die Anwesenheit Hindenburgs die „politische Neutralität" gewährleisten. Der Reichspräsident ist überhaupt ein brauchbarer Deckmantel für alle militaristischen Kundgebungen. Selbst sein Geburtstag wurde in diesem Jahre dazu mißbraucht, durch zwei abgetakelte Generäle die Notwendigkeit von Deutschland Aufrüstung und Wehrhaftigkeit im Stile eines Hugenbergschen Leitartikels ausposaunen zu lassen. Wenn in Oberschlesien die Agrarier zusammenkommen und über „die Polaken" losziehen, überträgt es der „politisch neutrale" Rundfunk. Am 200. Jahrestag der Hinrichtung des Leutnants Katte muß ein Nachkomme jenes Unglücklichen, ein stramm junkerlicher Herr, die Gedächtnisrede halten und an jenem gekrönten Barbaren Friedrich Wilhelm I. und erst recht an dessen Sohn Friedrich, der den Freund feige ans Messer geliefert hatte, um die eigene Haut zu retten, eine groteske Mohrenwäsche vornehmen. Drei Hurras für die Hohenzollern und die „alte preußische Armee" . . .

Ueberhaupt die Geschichtsbetrachtungen im Berliner Sender! Neunundneunzig Prozent aller Gedenkreden könnten getrost in einem Geschichtslesebuch für höhere Schulen von 1900 stehen. In einem Querschnitt durch Heinrich Heines Leben anläßlich seines 75. Todestages am 17. Februar verweilte man liebevoll bei den Göttinger Studentenscherzen, aber über die Gründe seiner Flucht nach Paris vernahm man kein Sterbenswörtchen. Er war eben in Paris — und damit gut. Mochten sich die gutbürgerlichen Hörer ihren Vers auf das „freiwillige Exil" machen. Noch nicht einmal das vormärzliche Deutschland darf angetastet werden. Natürlich auch nicht die Lichtgestalt des großen Friderieus. Heinrich Mann, der für einen besonders aufrechten Republikaner gilt, machte es in seiner Rede auf Lessing wie der von Franz Mehring so wundervoll zerzauste byzantinische Literaturprofessor Erich Schmidt: er machte aus dem großen bürgerlichen Kultur- und Klassenkämpfer einen Anbeter des Monarchen. Kein Wort von dem Durchfall bei der Bewerbung Lessings um die Berliner Bibliothekarsstelle, die den Dichter in das Wolfenbüttler Elend getrieben hat. „Lessing hatte allen Grund, Friedrich den Großen zu bewundern". Das gab Heinrich Mann von sich — und die „demokratische" Presse der Reichshauptstadt konnte sich vor Entzücken über diese Rede gar nicht lassen.

Und wie halten sie's mit der Religion? Danke, recht gut. Ein paarmal durften die Freidenker neben den evangelischen und katholischen Priestern Morgenfeiern am Sonntag veranstalten. Der „Vorwärts" war selig. Aber dann wurde es Herrn Groeners Vorgänger zu viel, und er verbot diesen „Kulturbolschewismus". Seit Monaten war von den Freidenkern nicht mehr die Rede. Der Pastor Bodelschwingh aus Bielefeld bekam nicht weniger als drei Gedächtnisveranstaltungen zugebilligt. Aber das ist noch gar nichts gegen die „alleinseligmachende Kirche". Drei konfessionelle Veranstaltungen in einer Woche sind keine Seltenheit. In den „Stunden mit Büchern" haben die katholischen Dichter einen Ehrenplatz. Gottesdienste werden auch außerhalb der „Morgenfeiern" übertragen. Am Abend des Allerseelentags, am 2. November, wurden wir durch eine Reportage aus der — Kapuzinergruft in Wien überrascht, die eine harmonische Verbindung darstellte von Weihrauch und habsburgischem Purpur. Als der Papst den vatikanischen Sender einweihte, wurden alle Veranstaltungen auf zwei Stunden gesperrt, damit man nur ja alle italienischen, ins Französische, Deutsche und Englische übersetzten Reden und die lateinische Ansprache des Heiligen Vaters, die gänzlich unverständlich blieb, hören konnte. Der Festgottesdienst aus dem Nürnberger Stadion anläßlich des letzten Deutschen Katholikentages durfte selbstverständlich auch nicht ausgelassen werden, einschließlich apostolischem Segen und Musikbegleitung der Reichswehr. Der Berliner Bischof Schreiber ist sozusagen Stammgast in der Masurenallee.

Aber nicht nur die Menschen, sondern auch die Naturkräfte machen stramm in „Neutralität" oder „Stillhaltepolitik". Als bei einer Gedächtnisfeier für den Schauspieler Kaiser-Tietz im „Universum" ein unzweideutig revolutionäres Gedicht von Erich Weinert vorgetragen wurde, streikte die Uebertragung. Ebenso bei der Totenfeier für die Opfer der Grubenkatastrophe in Alsdorf. Nicht etwa bei den schönen Sprüchen der Zechenherren, der Ministerialbeamten, der Geistlichen beider Konfessionen — o nein: die waren Wort für Wort zu hören. Einer roch immer noch salbungsvoller und geölter als der andere. Als aber der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes das Wort ergriff und die Forderung nach ein bißchen mehr Schutz für das Leben der armen Kumpels erhob — siehe, da traten prompt „technische Störungen" ein. Bei den Hetzreden von Stahlhelmgenerälen und den Predigten und Segens- und Beruhigungssprüchen der Priester haben sie sich merkwürdigerweise noch nie eingestellt. Die Technik ist, wie es scheint, kirchen- und militärfreundlich.

Der von den Herren Heilmann und Riedel überwachte Rundfunk überhaupt! Aber für den Brüningschen Kurs genügt das noch lange nicht. Da müssen „mit Beschleunigung Schritte unternommen werden . . ." Immer noch weiter nach rechts. Immer noch weiter nach rechts . . .

Harold.

Geburtenwettkampf

Weil es in dieser kapitalistischen Welt zu wenig Arbeitslose gibt, und weil sich die Völker am laufenden Band vermehren sollen, damit sie am laufenden Band verhungern können, hat das faschistische Gouvernement in Rom zehn Geburtenprämien ausgeschrieben. Diese Prämien werden in den nächsten fünf Jahren an kinderreiche Familien verteilt werden; es kommen nur Familien in Betracht, die in der Eile mindestens drei Kinder produzieren. Zum Lohn für diese Leistung wird zehn solchen Familien je ein Siedlungshaus oder eine Vierzimmerwohnung zugewiesen. Diese Wohnung ist ihr Eigentum, aber sie darf weder verkauft noch darf auf sie eine Hypothek genommen werden. In origineller Weise wird also das Wohnungsproblem gelöst: zehn Familienwohnungen im Jahr, das ist zweifellos ein großzügiges Wohnbauprogramm; dafür muß aber auch im Akkord gezeugt und geboren werden. Die zehn Sieger im Geburtenwettbewerb werden vom Staat belohnt — die übrigen sollen zusehen, was sie mit ihrem Kinderreichtum anfangen.

„Die Herde sucht"

Drama von Fred Neumeyer

Uraufführung im Staatlichen Schillertheater Charlottenburg

Millionen hungern, hungern in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Dieser Hunger bedeutet Verelendung der Massen; diese Verelendung aber treibt sie der Ratlosigkeit, der Furcht in die Arme. Inmitten dieser Furcht, dieser grauen Leere, wächst der Gesundbeter Otto Grünhuter alias Weißenberg auf. Er ist der Traum, die religiöse Erfüllung der vielen Hunderttausend, dieser ewig Unentschiedenen. Das ist Neumeyers Herde, die sucht. Was Neumeyer damit zu erreichen suchte, konnte man nicht erfahren. Wollte er Weißenberg und seine Anhänger zur Diskussion stellen? Kaum; gerade das Gegenteil läßt sich daraus erkennen. Neumeyer gerät in eine Zustandsschilderung, die sich zu einer Demonstration für Weißenberg auswächst. Das ist der Fluch einer literarischen Enthüllung. Sie wirkt sich hier in schamlosester Verlogenheit direkt reaktionär aus. Man kann alles riskieren, aber eine Milieuschilderung, in der die so mißbrauchten proletarischen Figuren sich die Existenz eines „göttlichen Meisters" schaffen und in religiösen Verzückungen von der notwendigen, kommenden Entscheidung lallen, das bedeutet Provokation gegenüber den proletarischen Massen, die für den Sozialismus kämpfen.

Neben Neumeyer als Versager steht Fehling, der Regisseur. Sein Ernst bei der Sache ist fast als Boshaftigkeit aufzufassen. Es liegt ein weiter Weg zwischen Tollers „Masse Mensch" und dieser suchenden Herde.

Darstellerisch wirkten in Episoden Paul Bildt als Bettermann und Ilse Trautschold als Mariechen überzeugend. Die übrigen Darsteller versuchten gegen die Gesamtstimmung des Abends anzukämpfen. Erfolglos. Was übrig blieb, wuchs sich zu einem Skandal aus.

W. M. Linke.

Helgoland in Gefahr?

Fast jedes Jahr laufen Alarmnachrichten durch die Zeitungen, die von einem neuen großen Absturz von einigen Hunderten von Kubikmetern Erd- und Felsmassen an der Nordseite der Insel Helgoland zu berichten wissen. Der letzte große Felsenabsturz und Bodenverlust erfolgte Mitte September dieses Jahres. Ungefähr 2000 Kubikmeter stürzten in einer Nacht herab; die Erdmassen hatten sich durch die dauernden Regenstürme, die wochenlang über die Insel hinweggingen, bereits so tief gelockert, daß auch ein Teil des oberen Inselweges abbrach. Aengstliche Gemüter sahen Helgoland schon dem völligen Zerfall preisgegeben, zumal die seit 1925 von der preußischen Regierung aus Granit-, Basalt- und Betonblöcken errichtete Schutzmauer die Lockerung der oberen Erd- und Felsschichten nicht verhindern kann. Tatsächlich liegen aber die Dinge so, daß die Schutzmauer nicht nur die Gewalt der Sturmfluten bricht und die Unterhöhlung des Felsens, wenn auch nicht verhindert, so doch verlangsamt. Die Schutzmauer fängt auch die abstürzenden Erdmassen auf, die sich im Laufe der Zeit so anhäufen, daß die senkrechte Felswand allmählich von einer schräg abfallenden grasbewachsenen Humusschicht umkleidet und dadurch den zersetzenden Angriffen des Regenwassers nicht mehr ausgesetzt wird.

DER GAST

Von Anna Karawajewa

(Copyright by Malik-Verlag Berlin.)

4. Fortsetzung.

Es war ihm, als bliese ihn ein Wind von der Hobelbank weg und als brenne das Pflaster unter seinen Füßen. Sein Mund war trocken, seine Hände zitterten.

Iwan sah immer wieder in den Himmel. Die Sonne stieg und stieg. Bald wird die Sirene das Mittagszeichen geben.

Der Hobel zuckte in seiner Hand und blieb auf der Bank still liegen, ohne bis ans Ende des Brettes zu gelangen.

Jemand fragte:

„Was hast du denn?"

Iwan antwortete dumpf:

„Trinken will ich."

Und er ging in die Tapezierwerkstätte. Die Häute lagen wie damals dick geschichtet im offenen Schrank an der Tür, vierfach gefaltet, mit der rauhen Seite nach außen.

Kolossow beeilte sich, einen Sitz fertig zu beschlagen, hatte die Stirn gerunzelt und schlug mit einem Hammer auf die sternförmigen Köpfe der Messingnägel.

„Möchte es fertig machen, ehe die Sirene pfeift, kann dann ein neues Dutzend anfangen."

Zufällig sah er in Iwans graues Gesicht.

„Was ist denn mit dir los?"

Iwan murmelte, ohne den Mund aufzumachen:

„Ich hab was, fühl' mich so schlecht . . ."

Kolossow schnaubte teilnahmsvoll.

„Hast dich wohl erkältet, dein Anzug taugt nichts. Geh in die Apotheke, kauf dir ein Pulver.

Die Häute rochen angenehm und unwiderstehlich nach frischer Säure, ähnlich wie überreife Beeren. Die Innenseite des Leders war hellrötlich, der leichte Flaum erinnerte an die weiche Flanke eines jungen Wallachen.

Die Sirene heulte, lustig und mit Unterbrechungen, als ob ein hellroter Wallach ungeduldig wieherte.

Kolossow warf die Schürze ab und ging in den Verschlag, um sich die Jacke anzuziehen. Er rief etwas, Iwan aber hörte es nicht, in seinen Ohren klang das gellende Wiehern.

Dem Ersticken nahe packte er zwei Häute aus der oberen Reihe . . . Aber das Weiche und Flaumige unter den Fingern ging ihm so durch den ganzen Körper, daß seine Hände noch mehr packten . . . Mit der einen Hand drückte er die knisternden, schlüpfrigen Häute an seine Seite, mit der anderen machte er seinen Rock auf . . . Seine Ellbogen hüpften, wie Ziegen an einem Bergabhang . . .

Plötzlich entfielen die Häute seiner gierigen Hand und rutschten mit Knistern und Knattern auf den Boden . . .

Von hinten aber kam plötzlich ein kalter Wind.

„Du . . . Steligin . . . was machst du? . . ."

An der Schwelle stand Kolossow, hatte die Hände erhoben und die Augen weit aufgerissen. Kolossow hatte ein helles Organ, aber seine Stimme klang Steligin wie Donner in den Ohren.

„Du?! Klauen?! . . ."

Die Häute waren zu Boden gefallen, gerade auf die Füße . . . Iwans große Augen wurden trüb und er flüsterte stumpfsinnig:

„Ich wollte . . . bloß zwei . . . Und da . . ."

„Zwei—ei . . . Du Hallunke! . . . Du Schweinehund! . . . Ich werde dich mitschleppen . . . Da wirst du schon sehen . . ."

Der Atem ging ihm aus, er wischte sich den kalten Schweiß von der Stirn.

„Los, auf die Straße! . . . Ich laß dich abführen!"

Plötzlich zappelte ein heulendes Knäuel vor seinen Füßen. Iwan schlug mit dem Kopf an Kolossows Knie, suchte seine Hände zu haschen, schluchzte auf und krächzte . . .

„Väterch—en, Lie—ber! . . . . . Bring nicht ins Unglück! . . . Die Sorgen, die verdammten, haben mich aufge—fressen, wirklich. Glaub mir's, nicht? Verzeih mir . . .

Sein Herz klopfte wie die Dreschflegel im Herbst auf der Tenne.

„Steh auf!" sagte Kolossow dumpf.

Iwan Steligin erhob sich, den Kopf zwischen den Schultern. Sein plattes Gesicht war grau geworden, wie Asche; die Lippen waren blau, wie bei einem Toten, die Augen geschlossen, als könne er sie vor Schmerz nicht öffnen.

„Mein Lebtag hab ich nichts Fremdes genommen . . . Hier hab' ich den Verstand verloren . . . Die Erde hat ihn gefressen, nicht? . . . Hab's doch nicht zum Vergnügen . . . Versteh doch . . ."

Sie standen einander gegenüber: der Alte, bereits mit den Maschinen verwachsen, mit den Fabriksirenen, mit dem Asphalt; und der Junge, mit den Bastschuhen, mit den wackelnden Zottelkopf, gleich einer Strohmütze voller Dorfsorgen und Dorfinteressen.

„Steh auf!" warf Kolossow dumpf hin.

Stelligin kam nur schwer hoch, seine Beine waren schwach und kraftlos.

„Nimm die Häute zusammen!" befahl Kolossow rauh. „Hast sie alle auseinandergeschmissen. Bist du bald aufgestanden, na? Zuck' nicht mit dem Rücken, als ob ich dich hauen wollte!"

Iwan Stelligin bückte sich mit einer gewissen freudigen Erniedrigung.

„Eben, eben . . . hau mich . . . Von dir vertrag ich alles . . ."

„Ach," krächzte Kolossow verdrießlich, „ich seh schon, du schätzt deinen Rücken billig ein . . . Los, gehen wir essen."

(Schluß folgt.)

Nach der englischen Thronrede

Die Opposition meldet sich

Angriff Lansburys auf MacDonald — Der Schrei der Konservativen nach dem Schutzzoll

London, 10. November.

Die Aussprache über die Thronrede wurde im Unterhaus durch den Abgeordneten Geoffrey Lloyd eingeleitet, der sofort den

Wunsch der englischen Industrie nach Schutzzöllen

zum Ausdruck brachte. Die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreichs, wie sie in der Thronrede angedeutet sei, müsse einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Britischen Reiches einleiten.

Im Namen der Opposition verglich

Lansbury

die jetzige Lage mit derjenigen nach Beendigung des Krieges. Damals hätten die siegreichen Regierungsparteien die Forderung erhoben, den Kaiser zu hängen und aus Deutschland das letzte herauszupressen. Heute ernte England die Früchte des damaligen Sieges der Parteien, die Lloyd George unterstützten, dessen Partei selbst heute in alle Winde zerstoben sei.

1918 habe das Parlament einen Frieden gemacht der kein Frieden gewesen wäre.

Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Kriege aufbürdete. Wie aber jedermann wußte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jeder andere, was ja klar aus den jetzt erschlossenen Tagebüchern der Staatsmänner, die den Krieg und den Frieden gemacht haben, hervorgeht. Wäre es für die Regierung jetzt nicht Zeit, ihre Betrachtungen über die Frage, was hinsichtlich der Reparationen und Wiedergutmachungen geschehen sollte, in dem Sinne zu lösen, wie es von der internationalen Arbeiterbewegung gefordert wird, nämlich, jedes Andenken an den Krieg dadurch auszulöschen

daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt gestrichen werden.

Lansbury meinte, daß ein solcher Schritt heute getan, rasch zur Gesundung der Welt beitragen müßte; dann werde die Welt ernten, was sie gesät habe, genau so wie sie jetzt ernte, was sie 1919 und 1920 gesät habe.

MacDonald begann seine Rede mit dem Nachweis von der Notwendigkeit der Wahlen. Die Bildung einer Nationalregierung sei wegen der Haltung der Arbeiterpartei notwendig gewesen. Wenn die Politik der Arbeiterpartei — damals unter der Führung des jetzigen Ministerpräsidenten stehend — in den Jahren 1918—1920 unterstützt worden wäre, wäre weder England noch die übrige Welt in die heutige Lage geraten.

Er halte an allem, was er früher über Reparationen und Kriegsschulden gesagt habe, weiter fest. Bevor die Welt sich wirklich erholen könne, müsse man die vollkommen verkehrte Wirtschaftspolitik, die seit dem Jahre 1918 verfolgt worden sei, gänzlich umstoßen. Aus diesem Grunde müsse England an den notwendigen zwischenstaatlichen Verhandlungen teilnehmen. Er messe dem Besuch Lavals bei Hoover die allergrößte Bedeutung bei. Er hoffe, daß dieser Besuch in erster Linie zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, dann aber zu einer vollen und endgültigen Vereinbarung führen werde, an der auch die anderen beteiligten Nationen teilnehmen müßten.

*

Es ist kein Wunder, daß von der Oppositionsrede Lansburys hauptsächlich der Teil durch die Nachrichtenbüros mitgeteilt wird, der sich auf die angebliche Unschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges und die Reparationsfrage bezieht. Lansbury aber spricht vom „deutschen Volk", und das ist ein Unterschied, der nicht übersehen werden darf. Daß alle kapitalistischen Mächte an dem Ausbruch des Weltkrieges mitgearbeitet haben, entschuldigt in keiner Weise die Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung, das Ultimatum an Serbien, die Unterstützung der österreichischen Kriegspartei durch die deutsche Regierung, den deutschen Generalstab.

Und noch ein anderer Punkt dieser Rede bedarf der Erläuterung Sowohl die Zweite Internationale wie die Internationale der Gewerkschaften haben sehr deutlich unterschieden zwischen der Pflicht zur Wiedergutmachung, d. h. zur Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Gebiete, in Nordfrankreich und Belgien hauptsächlich, und den interalliierten Schulden, der Schulden an Amerika also. Deren Streichung ist oft und oft gefordert worden und diese Streichung wurde automatisch, auch nach dem Young-Plan, die Reparationslast zuerst um zwei Drittel, später um 10 Prozent verringern, also ab 1966 vollständig beseitigen. Das darf bei der Reparationsdebatte nicht aus den Augen gelassen werden. Die Hoffnung aber, daß etwa die englische „Nationalregierung" sich mit Deutschland hinsichtlich dieser Frage in einer „Einheitsfront" träfe, ist eine gefährliche Illusion. Selbst wenn England wollte (was stark zu bezweifeln ist), würde es die Sorge um seine Finanzen, die Abhängigkeit von seinen französisch-amerikanischen Geldgebern daran hindern.

Konsolidierung des Britischen Imperiums

Die übliche zur Eröffnung des Parlaments vom König gehaltene Thronrede, die im wesentlichen eine einfache Aufzählung der Aufgaben des Kabinetts darstellt, enthält folgenden wichtigen Passus über die Stellung der Dominions:

Es ist mein sehnlichster Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden. Entsprechend dem den Vertretern meiner Dominions im Jahre 1930 gegebenen Versprechen werden dem Parlament Maßnahmen zur gesetzlichen Verankerung gewisser Erklärungen und Entschließungen der Reichskonferenzen von 1926 und 1930 vorgeschlagen werden.

Diese Maßnahmen sollen die Befugnisse des Parlaments der Dominions klären und den Geist der freien Zusammenarbeit unter den Mitgliedern des britischen Gemeinwesens der Nationen fördern.

Meine Regierung hat von der kanadischen Regierung den Vorschlag entgegengenommen, daß die im Jahre 1930 vertagte Wirtschaftskonferenz sobald wie möglich nach Ottawa einberufen werden soll. Diese Einladung ist von meinen Ministern begrüßt worden und wird mit dem größten Wohlwollen und dem dringenden Wunsche zur Herbeiführung einer gegenseitig vorteilhaften Verständigung mit den Regierungen der Dominions geprüft werden.

In diesem Passus ist angedeutet, daß dem Verlangen der Dominions nach größerer Freiheit und Selbständigkeit Rechnung getragen werden, daß vor allem — hier ist entscheidend der Hinweis auf die von Kanada gewünschte Wirtschaftskonferenz — das britische Weltreich durch ein Zollsystem enger als bisher zusammengeschweißt werden soll. Es deutet sich da eine Entwicklung an, die gerade in Deutschland im allgemeinen nicht erkannt wird. Das britische Imperium geht den Weg einer Lockerung der äußerlichen Bindungen gleichzeitig mit einer Festigung der Beziehungen der Dominions zum Mutterland durch Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen. Die zentrifugalen Tendenzen der englischen Kronländer werden so kompensiert und wirklich das geschaffen, was nach einem englischen Ausdruck „Common-Wealth" heißt, und als eine Art von Staatenbund der englischsprechenden Völker, als ein geschlossenes Ganzes also, charakterisiert werden könnte. Das britische Imperium ist auf dem Weg, sich neu zu konstituieren und zu konsolidieren. In diesem Zusammenhang muß auch die Zollfrage betrachtet werden, die eine überragende Rolle im neuen Parlament spielen wird.

Die Gewerkschaften in der Sackgasse

Nun haben wir auch diesmal wieder dieselbe Situation wie immer: Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch im Gemeindearbeiterkonflikt abgelehnt, in einigen Städten Westdeutschlands wurden Kampfbeschlüsse gefaßt, deren Durchführung der Vorstand des Gesamtverbandes mit Rücksicht auf neue Nachverhandlungen aufschob. Die Nachverhandlungen sind gescheitert — wie vorauszusehen war — und der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Nach der stets in solchen Fällen von den Gewerkschaftsinstanzen geübten Taktik ist damit die Frage des Streiks gegen den neuen Lohnraub erledigt, kein Mensch und am wenigsten die staatlichen Schlichtungsinstanzen werden es ernst nehmen, wenn der „Vorwärts" den Bericht über die Verbindlichkeitserklärung mit der dunklen Drohung versieht:

„Die Reichsregierung wird zu spät einsehen müssen, daß sie einen verhängnisvollen Fehler beging, als sie ihren eigenen Ankündigungen zuwider handelte."

Die Reichsregierung sieht nur die entscheidende Tatsache, daß sie bisher der Sozialdemokratie und den Führern des ADGB alles zumuten konnte an Belastung und arbeiterfeindlichen Maßnahmen, ohne daß von dieser Seite außer leeren Protesten und hochtrabenden Redensarten ein nennenswerter Widerstand gekommen wäre. Und so wird auch der Lohnabbau von 23½ Prozent, den sich die Gemeindearbeiter in diesem einen Jahre gefallen lassen mußten, geschluckt ohne Kampf, ohne Mobilisierung der gewerkschaftlichen Machtmittel, ohne Aufrollung der sozialen Front. Wundern sich da die Gewerkschaften noch, daß die Organisationsmüdigkeit in breiten Mitgliederkreisen anwächst, daß der aufgehäufte soziale Zündstoff zu einer Reihe sogenannter „wilder Streiks" in ganz Deutschland und den verschiedensten Berufsgruppen geführt hat, daß andererseits die Passivität und das Hinüberwechseln zur nationalsozialistischen Demagogie anwachsen? Dürfen die Gewerkschaften sich darauf beschränken, die Rolle einer freiwilligen Feuerwehr der Brüningregierung zu spielen und durch die Anbetung der Gesetzlichkeit des staatlichen Schlichtungszwangs die Initiative ihrer eigenen Mitglieder zu ersticken?

Die Taktik der deutschen Gewerkschaften ist keine zufällige, sondern sie wird von einer Grundeinstellung diktiert, die sie dazu zwingt, mit den deutschen Großkapitalisten zusammen sich in demselben ausweglosen Kreise zu drehen und mit unzulänglichen Rezepten an Symptomen einer Krankheit herumzudoktern, die mit solchen kleinen Mittelchen nicht mehr behoben werden kann. Der Patient ist nicht mehr zu retten, und wenn ihm durch unausgesetzte Bluttransfusionen auf Kosten der Lebenskraft der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit zum Weitervegetieren gegeben wird, so ist dies ein Verbrechen, an dem sich die Führer des ADGB auch nicht indirekt, durch Beteiligung am Konzilium der behandelnden Aerzte, beteiligen dürfen. Um so weniger, als es für die deutschen Gewerkschaften drängende Aufgaben von größter Wichtigkeit gibt, die deshalb nicht gelöst werden und deshalb nicht in Angriff genommen werden, weil die These vom kranken Kapitalismus, dem die Gewerkschaften Arzt sein wollen, sie daran verhindert.

Es gilt endlich, den Widerstand der deutschen Arbeiter gegen den fortdauernden Lohnabbau zu organisieren und durch den Einsatz aller Machtmittel des Proletariats den Kampf aufzunehmen. Der Streik gegen die fortgesetzten Schiedssprüche mit Lohnabbau muß durchgeführt werden und auch die Verbindlichkeitserklärung darf nicht als Vorwand für die Kapitulation dienen. Das allein genügt jedoch nicht. Die Kampfkraft einzelner Arbeiterschichten in der Krise ist geschwächt, so daß der rein gewerkschaftliche Kampf — so wichtig und notwendig er solchen offenkundigen Provokationen wie dem Schiedsspruch im Gemeindearbeiterkonflikt gegenüber ist — nicht das A—Z gewerkschaftlicher Politik sein kann. Es gilt jetzt mehr denn je, die Kampfkraft der gesamten deutschen Arbeiterklasse in die Wagschale der Entscheidungen zu werfen. Ausgangspunkt jeder Mobilisierung der Massenkräfte muß allerdings die Erkenntnis sein, daß es nicht gilt, dem Kapitalismus auf die Beine zu helfen, sondern den sozialistischen Ausweg zu erkämpfen. Nur die Erkenntnis dieser Notwendigkeit, die begleitet sein muß von der konsequenten Umstellung der jetzigen Gewerkschaftstaktik, kann die deutschen Gewerkschaften aus der Sackgasse herausführen, in die sie durch Arbeitsgemeinschaft, Tolerierung des Klassengegners und geheimrätliche Verhandlungsmethoden hinter und vor den Kulissen geraten sind.

F. R.

Pogromstimmung in Polen

Pilsudskis „Kulturträger"

Sie geben den Deutschen nichts nach!

Seit einer Woche reagieren die polnischen Studenten ihren heldischen Tatendrang an ihren jüdischen Kameraden ab, dringen auch in das Judenviertel von Warschau ein. Es ist indirekt natürlich ein Kampf gegen das Proletariat, denn gerade in Polen gehört ein großer Teil der Juden nicht nur zum Proletariat, sondern sogar zum Lumpenproletariat. Es ist selbst dem Diktaturregiment zu arg geworden, so daß es zuerst die Warschauer Universität und Hochschule geschlossen hat.

Nun hat die Barbarei auch auf Wilna übergegriffen. An mehreren höheren Schulen, die noch nicht geschlossen sind, wurden jüdische Hörer mit Gewalt entfernt. Studenten durchzogen gestern mehrfach in kleinen Trupps die Stadt und forderten durch Rufe zu Gewalttätigkeiten gegen die jüdische Bevölkerung auf. Polizei mußte öfters einschreiten. **Bei den gestrigen Zusammenstößen an der Universität in Wilna, bei denen ein polnischer Student getötet worden war, wurde ein jüdischer Student schwer verletzt,** 19 Studenten erlitten leichtere Verletzungen. **Der Rektor hat die Universität nach dem Warschauer Beispiel bis auf weiteres schließen lassen.**

Polnischer Offizier wegen Spionage erschossen. Vor dem Standgericht in Thorn fand gestern eine Verhandlung gegen einen Leutnant der Reserve statt, der Spionage getrieben haben soll. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte, wurde der Verurteilte gestern in der Abenddämmerung in einem Fort erschossen.

Göbbels ruft nach der Polizei

Der Dr. Göbbels ereigt sich im Nazi-„Angriff" furchtbar über die „SAZ", die in einem Rückblick anläßlich des 9. November die Klassenherrschaft des Kapitals in der Republik des Artikel 48 gekennzeichnet hatte.

Nun steht es dem „Angriff" gewiß frei, zu erklären, daß ihm diese Republik gut gefällt. Aber daß er zur Verteidigung dieser Republik nach dem Polizeipräsidenten ruft, ist immerhin eine Ueberraschung. Bisher pflegte er den Polizeipräsidenten nur um den Schutz seiner zarten Person anzuflehen, nun sucht er bei ihm schon den Schutz des Staates. Die Nazis haben halt Frieden mit der Republik geschlossen, und darum weiß der „Angriff" auch nur zu schimpfen, daß wir „sozialdemokratische Renegaten" seien. Er sieht eben in allen Gegnern der Republik bereits Gegner seiner Partei, und wir sind für ihn nicht nur aus der Sozialdemokratie, sondern aus der Tolerierungsfront der „legalen" Republikaner ausgebrochen, und deshalb sind wir „Renegaten".

Wenn den Nazis die Argumente fehlen, rufen sie nach der Polizei, und wenn sie nicht gerade krakeelen, machen sie eine Keilerei.

Kirchliche Expansion

Der Vatikan auf dem Balkan

Sofia, 10. November.

Die bulgarische Oeffentlichkeit zeigt sich durch die Meldung, der Vatikan habe die Absicht, in Sofia eine diplomatische Vertretung zu errichten, sehr überrascht. Bisher bestand seit einer Reihe von Jahren in Sofia die Einrichtung eines päpstlichen „Besuchers", wie der Amtstitel lautete; der Inhaber des Postens, Monsignore Roncalli, hatte zwar keine offizielle diplomatische Stellung, hat aber verschiedentlich wichtige Aufträge ausgeführt, vor allem während der Vorbereitung der italienisch-bulgarischen Königsverbindung. Es ist bekannt, daß bei dieser Heirat die Religionsfrage eine erhebliche Rolle gespielt hat; aus jener Zeit, aus der Befürchtung, die nationale, bulgarische Kirche den dogmatischen Forderungen des Vatikans unterwerfen zu müssen, stammt auch eine gewisse feindselige Stimmung gegen den Katholizismus in Bulgarien.

Hier zeigen sich wieder einmal deutlich die Fäden, die den italienischen Faschismus mit dem Papsttum verbinden. Die Expansionslinien des Faschismus sind die gleichen wie die des Vatikans; sie zielen nach dem Balkan, wo nicht die katholische, sondern die nationale orthodoxe Kirche herrscht. Im Gefolge eines den Balkan „durchdringenden" Faschismus könnte auch die katholische Kirche ihren Herrschaftsbereich ausdehnen; das ist einer der Gründe, die zur Verständigung zwischen dem Papst und dem blutigen Unterdrücker Italiens geführt haben.

Nationalistisches Ballspiel

Haust Du meinen Juden . . .

Die ständigen Provokationen Polens durch deutsche Stahlhelm- und Hakenkreuzhelden (und nicht nur durch diese) bleiben natürlich nicht ohne Echo von drüben. Was dann die Provokateure wiederum mit treudeutschen Augenaufschlag zur Beschwerde über den mangelnden Friedenswillen der Polen veranlaßt. Wie das geht, davon legt Zeugnis ab die folgende Meldung des dem offiziösen Wolff-Büro angeschlossenen Conti-Dienstes:

Kattowitz, 10. November.

Wie sich Polen zu der von der Weltöffentlichkeit fast allgemein anerkannten Notwendigkeit einer Revision der deutsch-polnischen Grenze stellt, dafür ist eine Rede des Direktors des Westmarkenvereins, Dr. Kudlicki, bezeichnend, die dieser hier im Stadttheater bei einem Festakt aus Anlaß des Propagandamonats für Oberschlesien hielt. Er sagte nämlich, was die sogenannte Revisionsforderungen angehe, so habe Polen keinen Grund, sich mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden zu geben, **es müsse nunmehr seinerseits eine Wiedergutmachung des Unrechts fordern, das ihm durch die gegenwärtige Grenzziehung zugefügt werde und — das deutsche Oberschlesien, das polnisch sei, für sich beanspruchen.** Kein Wunder, daß dieser selbe Festredner die Entwicklung der polnischen nationalen Bewegung in Deutsch-Oberschlesien als eine der wichtigsten Aufgaben des polnischen Volkes bezeichnet.

Kein Wunder auch, daß es aus dem Wald schallt, wie hineingerufen wird! Das Spiel kann solange weitergehen, bis eines Tages dann doch die Flinten losgehen. Und dann ist natürlich „der andere" schuld. Wie immer und je.

Achtung, Ortsgruppenleitungen der SAP!

Zu einer Anfang Dezember stattfindenden erweiterten Parteivorstandssitzung gebrauchen wir den genauen Stand unserer Bewegung. Vom Büro des Parteivorstandes werden sofort über die Bezirksleitungen an jede Ortsgruppe Berichtsbogen verschickt. Wir gebrauchen den Stand per 1. Dezember d. J. Da die Meldungen aber spätestens am 3. Dezember in Berlin sein müssen, so bitten wir die Ortsgruppenleitungen, den Berichtsbogen direkt an den Parteivorstand (Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67) zu schicken. Alle Einzelheiten gehen aus dem Berichtsbogen selbst hervor.

Die Rechnung wird präsentiert

London, 11. November.

Der erste größere Angriff auf die Nationalregierung ist von dem rechten Flügel der Konservativen unter Führung von Page Croft (Führer der „Dichards", der „Dickköpfe") zu erwarten. Er hat eine Sitzung der Mitglieder der parlamentarischen, auf dem Boden des Schutzzolls stehenden Industrievereinigung einberufen und teilt in einem Briefe mit,

daß sie sich jeder Verfälschung des der Regierung gegebenen Mandats widersetzen werden.

Möglicherweise wird von dieser Seite ein dementsprechender Antrag im Parlament zwecks Durchführung einer scharfen Zollpolitik eingebracht werden.

Die Zeitschrift der Kapitulanten

I.

Auf dem Parteitag in Halle war als Delegierter Otto Brass anwesend.

Damals war der Arbeiter Brass Vorsitzender des Kongresses als Vertreter der Linken!

Lang ist es her!

II.

Auf dem Rücken der Opposition der Partei, die zunächst von den Jungsozialisten getragen wurde, baute die E. Laubsche Verlagsgesellschaft, deren Inhaber neben dem SPD-Redakteur in Zwickau und ehemaligen Kommunisten Düwell und Oskar Cohn, der ehemalige Volksbeauftragte Otto Brass ist. Dank der einschlagenden Wirkung der Schriften Max Adlers und der treuen Werbearbeit der Jungsozialisten für ihren „jungsozialisitschen Verlag" bekam die Laubsche Verlagsanstalt Namen und wohl auch Verdienst.

III.

Die Linke steht im schweren Kampf mit der Parteibürokratie. Sie hat dem Verlag ihre Zeitschrift, den „Klassenkampf" anvertraut. Inzwischen haben die Inhaber ihr politisches Damaskus durchgemacht. Sie sind zur Lindenstraße und zu der nicht weit entfernten Wallstraße gekommen. Der Verlag benutzt sein Recht, auf den Umschlagseiten Inserate zu veröffentlichen, dazu, dort politische Ergüsse gegen die Redaktion und gegen die Parteiopposition zu veröffentlichen.

Am 8. November legt die E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung den „Lesern des Klassenkampf" „an Stelle des Klassenkampf" eine neue Zeitschrift vor. Diese neue Zeitschrift sei notwendig, weil die Ereignisse der letzten Monate bestätigt hätten, daß die Wandlung des Verlages dringend notwendig war. Der Verlag scheut sich nicht, den organisatorischen Apparat der Zeitschrift, die ihm von den Herausgebern anvertraut worden ist, für eine neue Zeitschrift zu benutzen, die aber gegen diese Herausgeber gerichtet ist. Ja, er hält es sogar für richtig, den Abonnenten, die für den „Klassenkampf" bezahlt haben, an seiner Stelle die neue Zeitschrift gegen den „Klassenkampf" zu senden. Das Vorgehen des Verlages nimmt in der Geschichte verlagsbuchhandlerischer Tätigkeit sicher eine Sonderstellung ein und ist nicht einmal durch äußere Zwangslagen zu entschuldigen.

Wir haben keinen Grund, auf den Inhalt dieser ersten Nummer einzugehen. Er bestätigt, was das Auftreten von Graf, Bieligk, Röchel u. a., was das Rede und Schreibverbot gegen Weckerle, das zu seinem Austritt aus der Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme" führte, bereits erwarten ließ: die völlige Kapitulation der ehemaligen „Linken" vor dem Parteivorstand und vor der Tolerungspolitik. Daran ändern auch die Phrasen über die Klärung des Bewußtseins der Arbeiterklasse" nicht.

VI.

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß alle Verbindungen mit der Laubschen Verlagsbuchhandlung nunmehr gelöst sind. Wir haben kein Interesse daran, einen Verlag zu unterstützen, der seine Hauptaufgabe seit Monaten darin sieht, gegen uns zu arbeiten. Und wir wünschen seiner neuen Zeitschrift denselben Erfolg, den seine neue Jugendzeitschrift, die er an Stelle der „Jungsozialistischen Blätter" herausbrachte, beschieden war.

Selbstverständlich ist kein Abonnent verpflichtet, anstelle des „Klassenkampf" eine Schrift gegen den „Klassenkampf" anzunehmen. Er kann die Annahme verweigern und sein Geld zurückfordern.

Ab 1. Dezember erscheint der „Klassenkampf", herausgegeben von den bisherigen Herausgebern, wieder.

Aufklärung tut not!

Dafür könnt ihr sorgen, indem ihr die Broschüren des Parteivorstandes vertreibt

Wie Lietzmann den Kaiser nicht rettete

Revolutionserinnerungen im „Angriff"

Berthold Jacob.

Wilhelm II. hat in Spa bekanntlich noch mit dem Gedanken gespielt, seine „Kaiserwürde" im Bürgerkrieg gegen die Revolution zu behaupten, aber neununddreißig Front-Kommandeure, die zur Begutachtung dieser Möglichkeit aus dem Feuer geholt worden waren, bekundeten am 9. November, daß die Truppe nicht gegen die Heimat fechten werde.

Immerhin hat Wilhelm für den von ihm geplanten Feldzug gegen die Heimat insoweit Vorsorge getroffen, als am 8. November schon die Mobilmachung zum inneren Krieg bereits begonnen hatte. Zwei Armee-Oberbefehlshaber, die als besonders energisch galten, die Generale Otto von Below und Graf Bethmer, waren von ihren Kommandos abgelöst worden, um den Oberbefehl gegen die im Aufruhr stehende Heimat, der eine im Westen des Reiches, der andere in Süddeutschland zu übernehmen. Und für den „Heimatschutz Ost", in dessen Operationsbereich Berlin fallen sollte, hatte man sich einen inaktiven General ausgesucht, einen Draufgänger, ohne jede taktische Qualität, eine Soldatennatur im Stile Blüchers oder des alten Wrangel. Es war der General Litzmann, dem man einen tollkühnen Husarenstreich schon zutrauen konnte. Denn tollkühn war das Unternehmen, das da vorbereitet wurde, gewiß.

Die Bürgerkriegsvorbereitungen, von denen hier erzählt wird, waren bis jetzt in der Oeffentlichkeit kaum bekannt. Wir verdanken ihre Kenntnis einem Aufsatz, den der nun über 80 Jahre alte Litzmann, den die Nazis den „Löwen von Brzeziny" nennen und der jetzt friedlich in Neuglobsow in der Mark seine Pension verzehrt, am Sonnabend im „Angriff" des Dr. Goebbels veröffentlicht hat, und in dem er beweglich Klage darüber führt, daß es ihm vor dreizehn Jahren nicht glückte, die Voraussetzungen für die Bewältigung seines Auftrags zu schaffen. Truppen hätten leider nicht mehr zur Verfügung gestanden, nachdem selbst ein aktives Jägerbataillon, das im Lager Zossen stand und auf das letzte Hoffnungen gesetzt waren, den Gehorsam verweigert hatte. Kurz:

> „Und ich, der ich von meinem Kaiser damit betreut war, die Heimat gegen den Aufruhr zu schützen, war machtlos. Ich verlebte qualvollste Stunden."

An anderer Stelle macht Litzmann seinem gepreßten Herzen über die Feigheit und Mutlosigkeit der anderen Luft.

> „Wenn ich doch nur zwei Bataillone und eine Batterie zur Hand gehabt hätte! Ich würde genau gewußt haben, was zu tun war, und kein vorgesetzter Kriegsminister, kein Fritz Ebert und kein Scheidemann würden mich gehindert haben, den Befehl des Kaisers auszuführen. Ach, wenn ich zunächst nur eine aus Offizieren bestehende Kompagnie mit ein paar Maschinengewehren mein eigen genannt hätte! Der Versuch, meinen Willen durchzusetzen, würde sich auch dann noch gelohnt haben. Denn es gab sicher noch genug treue Elemente in Berlin, um ein schnelles Anwachsen der kleinen, todesmutigen Schar zu verbürgen. Und der Aufruhr war feige — —".

Nun, die „kleine, todesmutige Schar", Herr Litzmann, stand zu Ihrer Verfügung. Sie war nicht einmal sooo klein. Nicht eine, sondern vier Kompagnien, bestehend aus Offiziers-Aspiranten, in vollständiger Kriegsausrüstung, mit je 48 schweren Maschinengewehren, waren zur Verfügung des Garnisonkommandos Berlin; sie standen an der Weidendammer Brücke, beim Stellvertretenden Generalstab, am Potsdamer Platz und am Halleschen Tor.

Woher wir das wissen? Nun, in der gleichen Nummer des „Angriff", in der Herr Litzmann seine Erregung und seine Ueberzeugung davon abreagiert, daß der ‚Aufruhr feige war" und ohne große Mühe hätte niedergeworfen werden können, veröffentlicht der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Walter Buch, Major außer Dienst, der in den kritischen Novembertagen „Kommandeur des II. Bataillons vom MG-Lehrkursus im Lager Döberitz" (bei Berlin) war, seine persönliche Erinnerung an die Revolution. Er erzählt, daß er direkt dem Kriegsminister unterstellt war und bei diesem, dem General Scheüch, hat Litzmann, wie er nun berichtet, gleichfalls um eine zuverlässige Truppe petitioniert.

Buch ist „der Ueberzeugung, daß annähernd mit diesen vier Kompagnien zu 48 schweren MG's von den vor Wut und Ingrimm brennenden Frontsoldaten der Spuk der Deserteure wegzublasen gewesen wäre."

Warum stand also Herr Litzmann von dem Versuch ab, auf den es angekommen wäre? Waren am Ende Buchs Kompagnien doch nicht gar so kaisertreu, wie ihr ehemaliger Führer es heute behauptet, oder so „todesmutig", wie Litzmann dies für ihre Aufgabe nötig ansah? Oder hat der alte Haudegen von Neuglobsow etwa der Tapferkeit besseres Teil erwählt?

Wenn es so einfach war, „dem Kaiser den Thron zu erhalten", warum haben denn die Herren nicht gefochten?

Alles Drumherumreden nützt nichts. Beide Herren, so Buch wie Litzmann, entpuppen sich mit ihren Enthüllungen als — — — verspätete „Helden"!

Herr Goebbels aber, von dessen „Angriff"-Redaktion man Schlußwidrigkeiten wie die, daß in der gleichen Nummer zwei Mitarbeiter über den gleichen Gegenstand so widersprechend berichten können, schon mehrfach erlebt hat, sollte seine Bande etwas besser in Schuß halten.

Vom fernöstlichen Kriegsschauplatz

Tokio, 11. November.

Nach einer Erklärung des Wortführers der Regierung wird Japan seine fünf Hauptpunkte unnachgiebig aufrechterhalten.

*

London, 11. November.

Die Lage in Tientsin hat sich erheblich verschärft. Die Polizei ist außerstande, die Aufständischen in Schach zu halten. In der Nähe der japanischen Konzession wurden etwa 500 Schüsse abgegeben. Am Dienstag abend stürmten 200 Aufständische die chinesische Nankai-Universität, die in der Nähe der japanischen Konzession gelegen ist. Die französische Garnison steht in Bereitschaft, um Angriffe auf die französische Konzession abzuweisen. Eine Bekanntmachung des Bürgermeisters von Tientsin stellt die Lage als weit gefährlicher als in der Nacht von Sonntag zum Montag dar. Die Geschäfte sind sämtlich geschlossen. Die städtische Verwaltung ist in die frühere deutsche Konzession verlegt worden. Ein japanischer Zerstörer ist in Tangku eingetroffen, ohne jedoch Truppen zu landen.

*

Moskau (über Kowno), 11. Novbr.

Die Kämpfe am Nonni-Fluß sind noch nicht entschieden. Die Truppen des Generals Maa haben die Japaner um zwei Kilometer zurückgedrängt. Nach chinesischen Meldungen versuchen die Japaner durch Bombenabwürfe aus Flugzeugen die Truppen des Generals Maa zu zermürben, um Tsitsikar zu besetzen.

*

Moskau (über Kowno), 11. November.

Die Moskauer Blätter veröffentlichen eine Unterredung der sowjetamtlichen Telegraphenagentur mit dem Kriegskommissar Woroschilow, in der dieser darauf hinweist, daß die Sowjetunion sich weder von den Westnoch von den Ostmächten werde herausfordern lassen. Woroschilow erklärte weiter:

„Wir wollen keinen Krieg! Aber wenn gewisse Mächte ihre Kräfte mit den unsrigen messen wollen, so werden die Regimenter, Divisionen und Korps der Roten Armee bereit sein! Wir werden nicht die Angreifer sein, sind aber jederzeit bereit, es mit jedem Gegner aufzunehmen!"

*

Tokio, 11. November.

Infolge der Verschärfung der Lage in der Mandschurei sind vier Kreuzer von Kure nach Port Arthur entsandt worden. Der Kreuzer „Yakumo" ist von Yokosuka nach Sascho abgefahren, wo er neue Anweisungen erwarten wird.

*

Aus Hirosaki in Nordjapan ist eine gemischte Brigade nach Korea entsandt worden, um die am 19. September von dort nach der Mandschurei verlegte Brigade zu ersetzen.

Japan droht mit der Besetzung Charbins

TU. Moskau (über Kowno), 11. Novbr.

Die Telegraphenverbindung zwischen Charbin und Tsitsikar ist unterbrochen. Dem japanischen Generalkonsul in Charbin war es nicht möglich, mit dem japanischen Konsul in Tsitsikar die fernmündliche Verbindung aufzunehmen. Das japanische Oberkommando teilte daraufhin mit, daß im Falle der Bedrohung des japanischen Generalkonsulats in Charbin auch dort Maßnahmen zum Schutz der japanischen Bürger getroffen werden müßten.

Bartels gestorben

Der preußische Landtagspräsident Friedrich Bartels, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, ist am Mittwochabend im Alter von 60 Jahren gestorben.

Er war seit einigen Wochen aufs neue erkrankt und hatte sich einer Operation wegen eines Darmabszesses unterziehen müssen.

An unsere Leser

Wegen des „Bußtags" am kommenden Mittwoch, der in Preußen und den meisten anderen deutschen Ländern als gesetzlicher Feiertag gilt, kann die SAZ am nächsten Donnerstag nicht erscheinen. Dafür wird aber die Mittwochausgabe der Zeitung entsprechend umfangreicher gestaltet werden.

Der Verlag.

Der Panamakanal wieder frei

New York, 11. November.

Am Mittwoch wurde der Panamakanal für den Verkehr wieder freigegeben, nachdem die durch den Erdrutsch verursachten Störungen beseitigt waren. Infolge der schweren Regengüsse der letzten Zeit führen die Flüsse im Staate Panama Hochwasser. Der Ort San Juan wurde besonders schwer heimgesucht. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind neun Personen ertrunken. Zahlreiche Viehherden wurden ein Opfer der Fluten.

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen

Broschüren!

DAS 2. BUCH DER „ROTEN BÜCHER" DER MARXISTISCHEN BÜCHERGEMEINDE

DIE ORGANISATION IM KLASSENKAMPF

Die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse

Aus dem Inhalt:

O. Jenssen: Von der Revolte zur Massenorganisation.
F. Bieligk: Die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Deutschland.
H. Wagner: Organisation und Klasse.
K. Laumann: Organisation und Apparat.
E. Eckstein: Wie soll die Organisation aussehen? Entwurf zu einem Organisationsstatut

Neu eintretende Mitglieder können dieses Buch zum Mitgliedspreis von RM. 3.— erhalten. Einzelverkaufspreis RM. 4.75

Genosse, werde Mitglied der SAP

Pfänder-Versteigerung
Breslau, Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 19. November 1931
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 40000
Bietungskaution Rmk. 10,—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert

Inseraten-Akquisiteure
in allen Orten des Reiches — außer Berlin — per sofort für SAZ gesucht.
Angebote erbeten an
Sichel Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H.
Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . 0,60 RM einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ..... Exemplar
„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Name: .....
Wohnort: .....
Straße: .....

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.